

A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse **abstimmen** über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2606**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt dagegen? Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten Fitzek so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2610 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/2675.

Wir beginnen mit dem Abschnitt

**a) Umwelt und Raumordnung**

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Stump das Wort.

B)

**Werner Stump (CDU):** Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Umweltetat ist aufgerufen. Zieht man nach zweieinhalb Jahren Umweltpolitik der rot-grünen Koalition Bilanz, so ist Erfolglosigkeit festzustellen. Vieles hatten sich die Koalitionäre vorgenommen. Verändert wurde bisher nichts.

Gleichwohl wurden mit großen Worten umweltpolitische Kampagnen angekündigt. Ich erinnere an die Ozonkampagne. Die Gelder wurden erst gar nicht angepackt. Ich erinnere daran, daß der Elektrosmog zu einem wichtigen Sachthema erklärt wurde. Zu diesem Thema hören wir nichts. Der Bodenschutz, die außerschulische Umbildung und viele andere Themenbereiche, die nach vorn getragen wurden - überall ist Fehlanzeige. Heißer Dampf stieg auf. Aber letztendlich fand keine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Themen statt. Stillstand und Konzeptlosigkeit, das ist das Urteil nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Rechtskraft des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erwarten wir seit langem die Novelle zum

Landesabfallgesetz. Sie liegt bis heute nicht vor. Das, was wir von ihr kennen, deutet darauf hin, daß es ein reines Anlagenschutzgesetz wird, ohne daß ein neuer Aufbruch in eine ökologisch orientierte Abfallwirtschaft nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen stattfindet. (C)

Zum Thema Altlasten - seit Jahren mit Stillstand belegt. Über 20 000 erfaßte Altlasten in Nordrhein-Westfalen warten darauf, in angemessener Weise auch eine politische Antwort zu erhalten. Mit dem Lizenzaufkommen ist eine halbherzige Lösung gefunden worden. Beide Vertragsparteien betrachten sich mit gegenseitigem Mißtrauen, und es steht das Konzept aus unserer Sicht auf tönernen Füßen.

Im Bereich Abwasser werden die Mittel gehortet. Sie werden für Programme ausgegeben, bei denen ein Mitnahmeeffekt letztendlich stattfindet, aber die Gelder fließen nicht dorthin, wo sie hinfließen müßten, nämlich in die Kommunen des ländlichen Raumes, um dort eine Begrenzung der Höhe der Abwassergebühren zu bewirken.

Über den Hochwasserschutz wird viel geredet, letztendlich aber nichts dafür getan. Alle Initiativen der CDU-Fraktion werden zurückgedrängt.

Die Bilanz der rot-grünen Umweltpolitik ist mager und versetzt das Land in einen Zustand der Lähmung. (D)

(Beifall bei der CDU)

Eingehen möchte ich auch auf die Widersprüche in der Umweltpolitik dieser Koalition. Rot und Grün wollen den produktionsintegrierten Umweltschutz. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Frage ist nur: Wie wird dieses Ziel organisiert? Die GRÜNEN wollen eigens eine Kopfstelle einrichten und setzen hierfür 3 Millionen DM im Haushalt durch. Matthiesen erklärt dagegen, eine Kopfstelle sei nicht erforderlich. Im Umweltausschuß stimmen die Sozialdemokraten dem grünen Wunsch zu. Sie stellen damit Matthiesen ins Abseits.

Die GRÜNEN wollen die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen mit staatlicher Subvention als eine weitere Entsorgungsschiene aufbauen. Matthiesen erklärt in einer Pressekonferenz, daß er dies nicht zulassen wolle. Im Umweltausschuß stimmen die Sozialdemokraten für 1998 einer Erhöhung des Ansatzes auf 10 Millionen DM Fördergelder zu, um die mechanisch-biologischen Abfallentsorgungsanlagen zu forcieren.

(Werner Stump [CDU])

- (A) Die GRÜNEN wollen weitere Ökoabgaben durchsetzen. Matthiesen will dies verhindern und wertet dagegen öffentlich. Im Haushalt aber stehen über 100 000 DM für Gutachten festgeschrieben, mit denen neue Ökoabgaben untersucht und bewertet werden sollen, dies mit Zustimmung der Sozialdemokraten.

Die GRÜNEN wollten eine Anhörung zur energiepolitischen Notwendigkeit des geplanten Tagebaus Garzweiler II. Matthiesen erklärt dem Parlament, daß alles untersucht worden sei und daß es nichts mehr zu untersuchen gebe. Im Umweltausschuß stimmten die Sozialdemokraten einem solchen Hearing zu, das - wie wir jetzt wissen - nichts an neuen Erkenntnissen gebracht hat.

Meine Damen und Herren, ich weise ganz bewußt auf diese Widersprüche hin, weil diese rot-grüne Politik auch zu einem Problem von Herrn Matthiesen geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Er wird zunehmend von der eigenen Fraktion eingeholt, begehrt auf, spielt den starken Mann, doch das rot-grüne Kabinett - ich betone: das rot-grüne Kabinett! - und seine eigene Fraktion arbeiten ständig an ihm vorbei. Während die GRÜNEN sich immer wieder durchsetzen, die Roten das Bündnis aufgrund parteitaktischer Ziele nicht plätzen lassen wollen und sich täglich verbiegen, baut die Umweltministerin ihr Ministerium zu einer weiteren GRÜNEN-Kampfzentrale aus.

(Beifall bei der CDU)

Die Fluktuation beim Personal ist riesengroß, entnervte Beamte verlassen das Haus; und wer bleibt, wird so gedeckelt, daß er paßt. Freiwerdende Stellen werden zuhauf ausgeschrieben. Genommen wird jeder aus dem grünen Umfeld, der bereit ist, die Kampfzentrale zu verstärken.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn wir jetzt hören, daß die Fachaufsicht über die Braunkohlenplanung mit einem Namen belegt wird - die Dame soll aus dem BUND kommen, sitzt im Braunkohleausschuß und ist eine erklärte Gegnerin des Tagebaus -, dann wird hier ein weiteres Zeichen für diese Kampfzentrale gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn es richtig ist, daß der Umsiedlungsbeauftragte eine Umsiedlungsbeauftragte werden soll und diese Position auch mit einem Namen

aus dem grünen Umfeld belegt wird, und zwar mit dem Namen einer erklärten Gegnerin des Tagebaus Garzweiler II, wird immer weiter deutlich, wie Frau Höhn operieren darf, ohne von den Sozialdemokraten im geringsten abgestoppt zu werden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Appel?

**Werner Stump (CDU):** Nein; nach meiner Erfahrung bringt eine solche Frage nichts. - Und wenn man dann sieht, daß der Braunkohleausschuß beim Regierungspräsidenten Köln die Ministerin verklagen muß, um sein Recht über einen Rechtsschutz durchzusetzen, und wenn man jetzt hört, daß ein Beschluß des Erftverbandes im Rahmen der Rechtsaufsicht durch die Ministerin aufgehoben wurde und das Gremium des Erftverbandes ebenfalls die Ministerin verklagen wird, muß man sich fragen: Wo befinden wir uns eigentlich, und wer läßt das alles zu?

(Beifall bei der CDU)

Schlimm ist, daß der Ministerpräsident bei all den Zielkonflikten wegtaucht. Er ist buchstäblich nicht da. Im Hintergrund aber zieht er offensichtlich die Fäden zum Erhalt dieser Koalition - dies offensichtlich für höherwertigere Ziele. Sein Kabinett biegt er auf einen Kurs hin. Selbst den in Sachen Garzweiler immer so markant auftretenden Wirtschaftsminister hat er eingeschworen: Der frißt jetzt seit Tagen laufend nur noch Kreide.

Das sind die Erkenntnisse, die wir hier sammeln: Den Höhepunkt in der rot-grünen Auseinandersetzung stellt der geplante Tagebau Garzweiler II dar, der unbestritten aus energiepolitischen Gründen erforderlich ist. Garzweiler II steht - ich schreibe das jedem ins Stammbuch - für Planungssicherheit in Nordrhein-Westfalen. Wer hier ein ordentliches Verfahren unterläuft und ein so wichtiges Projekt verhindern will, der schadet diesem Land sehr. Wer hier aus parteitaktischen Überlegungen mitmacht oder eine Entwicklung begünstigt, wie es die Sozialdemokraten tun, versündigt sich an den Bergarbeitern und an den Mitarbeitern der Kraftwerke. Er legt die Lunte an den Arbeitsmarkt und verschärft die Rekordarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen erheblich.

(Werner Stump [CDU])

a) Dessen müssen wir uns bewußt sein.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat in der letzten Legislaturperiode mit überwältigender Mehrheit den Tagebau politisch akzeptiert. Nach der letzten Landtagswahl ging dann mit der Bildung der rot-grünen Koalition der Kampf gegen das Projekt richtig los. Herr Matthiesen erkannte die Gefahren am Horizont. Er wollte verhindern, daß Frau Höhn eine Fachzuständigkeit in wasserwirtschaftlichen Fragen zur Genehmigung von Garzweiler II bekommt. Dies hatten Sie, Herr Matthiesen, den Bergarbeitern bei der Protestdemonstration in Frimmersdorf versprochen. Als Sie damals als "Judas" und "Verräter" von den Bergarbeitern beschimpft wurden, haben Sie ihnen dieses Versprechen gegeben. - Aber Sie haben sich nicht durchgesetzt, Herr Matthiesen.

Und jetzt kommt das Stück aus dem Tollhaus. An dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion vorbei, dem ich in der Auseinandersetzung um Garzweiler II ja noch ein ehrliches Bemühen testiere - daran lasse ich persönlich keinen Zweifel -, genehmigt das rot-grüne Kabinett der Umweltministerin weitere 2 Millionen DM Steuergelder für gutachterliche Untersuchungen im Zuge der von ihr zu verantwortenden wasserrechtlichen Genehmigung. Erinnern wir uns: Frau Höhn hatte sich stets vorgenommen, den Tagebau kaputtzuprüfen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat mit Wackersdorf vergleichbaren Aktionen gedroht. Und jetzt bekommt die Umweltministerin auch noch von den Sozialdemokraten dazu das nötige Kleingeld. Arme Sozialdemokraten!

(Beifall bei der CDU)

Heuchlerisch und verräterisch zugleich ist dann schon die Einlassung der SPD, sie wolle die Gelder nur bewilligen, um das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. - Für wie blöd halten Sie eigentlich die CDU und die Bergarbeiter? Für wie blöd?

Meine Damen und Herren, es gilt jetzt immer mehr die Erkenntnis der betroffenen Bergarbeiter: Wer ist dabei, uns zu verraten? Die Sozialdemokraten!

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Sozialdemokraten jetzt in die Pflicht nehmen. Daher haben wir einen Initiativantrag eingebracht, mit dem Sie, die SPD, gemeinsam mit uns die Chance erhalten, Frau Höhn das Spielgeld, mit dem sie großen Schaden an-

richten wird, wieder fortzunehmen. Mit einer namentlichen Abstimmung haben Sie die Möglichkeit, Ihre Meinung deutlich zu machen. Ich richte dabei den Appell insbesondere an die SPD-Abgeordneten aus dem rheinischen Braunkohlerevier, die Herren Moron, Krings, Retz und andere, und die in Solidarität mit der Braunkohle stehenden Kollegen, die aus der Steinkohle kommen. Lassen Sie die grüne Garzweilerblockade nicht zu!

(Beifall bei der CDU)

Folgen Sie Ihrem Herzen und setzen Sie sich damit für die Bergarbeiter ein. Tun Sie dies nicht, wird es zu großen Protesten der Bergarbeiter in Düsseldorf kommen. Dann werden Sie sich vor der Wut der Kumpel und ihrer Kollegen aus den Kraftwerken nicht schützen können. Wegdrehen, umdrehen und mit weichen Erklärungen werden Sie sich nicht mehr artikulieren können.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Werner Stump (CDU):** Tun Sie das, was mir die der SPD angehörenden Betriebsräte noch in diesen Tagen gesagt haben: Wir, sagen sie, wir sind in erster Linie Bergarbeiter, in zweiter Linie Gewerkschafter und in dritter Linie Sozialdemokraten. Stellen Sie sich an die Seite derer, die jetzt auf Sie schauen und mit Hoffnung auf Ihr Rückgrat pochen und setzen. - Glückauf!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Dr. Kasperek.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich in den letzten Monaten im Umweltausschuß sowie hier im Plenum die Kollegen und Kolleginnen der CDU bei umweltpolitischen Themen und in umweltpolitischen Debatten beobachten konnte, habe ich mich zunächst gefragt, wofür Sie in der heutigen Debatte hier zum Haushalt des Einzelplans 10 überhaupt Redezeit beantragen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

- (A) Ohne Ihre konstruierten "Widersprüche" in der Koalition und ohne das Thema Garzweiler könnten Sie doch in der Umweltpolitik ein leeres Blatt zu Protokoll geben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Ministerin Höhn: Richtig.)

Ihre gespielte Sorge um unseren Fraktionsvorsitzenden können Sie sich ruhig sparen. Sie treiben keinen Keil zwischen die Fraktion und den Fraktionsvorsitzenden. Den Schulteranschlag zwischen Klaus Matthiesen und uns werden Sie nicht aufbrechen.

(Beifall bei der SPD - Erneut lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, "Garzweiler" ist ein wichtiges Thema. Die Bergleute, die Industriearbeiterschaft und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen erwarten von uns einen klaren Kurs und Verlässlichkeit.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha!)

Wir werden einen klaren Kurs und Verlässlichkeit sicherstellen.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

- (B) Auch mit solchen Reden, wie Sie sie gerade gehalten haben, Herr Kollege Stump, werden Sie bei den Bergarbeitern keinen Fuß in die Tür bekommen.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich muß es in aller Ernsthaftigkeit sagen: Mit dem Spruch "Wer hat uns verraten?", bei dem Sie auf den Sprachgebrauch der Kommunisten und der Nazis aus der Weimarer Zeit zurückgreifen, begeben Sie sich auf ein Niveau, das hier nun wirklich nichts zu suchen hat.

(Beifall bei der SPD und Widerspruch bei der CDU)

Das gesamte Verfahren zum Tagebau Garzweiler findet nach Recht und Gesetz und zügig statt. Das hat der Landtag so beschlossen. Das gilt sowohl für den Rahmenbetriebsplan wie die weiteren Verfahren und damit auch das wasserrechtliche Verfahren. Aus unserer Sicht ist für den Braunkohleplan alles Notwendige untersucht, geprüft und bewertet worden. Deshalb ist die Möglichkeit zur Rückholbarkeit nichts Neues, selbst wenn das in den letzten Tagen ab und zu so hochgespielt wurde, sondern war schon immer

(C) Bestandteil unseres Konzeptes. Aus unserer Sicht hat sich aber auch an allen Grundannahmen nichts geändert.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Die gemeinsame Sitzung von Umweltausschuß und Wirtschaftsausschuß mit den drei Gutachtern hat unsere Auffassung voll bestätigt. Die zum Teil widersprüchlichen und unausgegorenen Aussagen in der sogenannten Gedankenskizze des Wuppertal-Institutes sind - durch die Fachleute, die wir dazu geladen hatten, auf die wahre Größe gebracht worden - eben nichts weiter als Spekulationen und Gedankenskizzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber auf Spekulationen über einen sinkenden Strombedarf darf doch eine Industriegesellschaft nicht aufgebaut werden. Und auf eine Politik, deren Konzept sich ausschließlich und einseitig auf Importe bei Energie, bei Kohle oder sogar auf aus Frankreich importierten Kernenergiestrom stützt, wollen wir Sozialdemokraten nicht setzen.

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir setzen auf den Faktor 4, Steinkohle, Braunkohle, Energiesparen und erneuerbare Energien. Nur dieses Konzept führt auch zur Nachhaltigkeit und Integration ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Ziele.

Sie wissen ganz genau, wie kritisch wir die Vergabe von Gutachten in den letzten Jahren begleitet haben. Auch ein Untersuchungsbedarf, wie er sich möglicherweise noch zur wasserrechtlichen Erlaubnis zeigen könnte bzw. sollte, ist aus unserer heutigen Kenntnis nicht zu sehen.

Natürlich muß man hinzufügen: Das ist keine politische Frage, die im Landtag zu entscheiden ist. Vielmehr stellt sie sich in einem Verwaltungsverfahren, das nach Recht und Gesetz ohne politische Einflußnahme durchzuführen ist. Wenn es aber im weiteren Verfahren noch Untersuchungsbedarf geben sollte, dürfen doch fehlende Mittel nicht zur Verzögerung des Verfahrens führen. Ich möchte niemandem die Steilvorlage geben, daß man sich nachher auf fehlende Mittel berufen kann, wenn es zu einer Verzögerung kommt.

Das ist auch der Grund dafür, warum wir die Erhöhung des Ansatzes - davon war ja die Rede - um 2 Millionen DM akzeptieren. Wir akzeptieren sie allerdings unter der Bedingung, daß die Mittel - wie es im Text des Haushalts wörtlich heißt -

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

A) ausschließlich zur Beschleunigung der Wasserrechtlichen Erlaubnis eingesetzt werden.

(Lothar Hegemann [CDU]: Warum macht Ihr dann so ein Theater?)

Dazu erwarten wir eine eindeutige und verbindliche Erklärung der Landesregierung. Wir erwarten auch, daß sich die Durchführung des gesamten Verfahrens wie bisher im Rahmen des Landtagsbeschlusses bewegt: nach Recht und Gesetz und zügig. Nur so ist auch der Zeitplan, von dem wir alle ausgehen, einzuhalten. Die SPD-Fraktion wird jedenfalls beim Haushalt ihrer Linie treu bleiben, alles Mögliche zu unternehmen, damit Garzweiler II kommt.

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CDU)

Wir werden das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren im Rahmen der Landtagszuständigkeit im Ausschuß politisch weiter begleiten. Dazu gehört auch, daß im Rahmen des Haushaltsvollzugs über die Verwendung der Mittel und die eventuellen Ergebnisse kontinuierlich berichtet wird.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Auch das sieht der Beschluß der Landtagsfraktion vom Dienstag dieser Woche vor. Meine Damen und Herren, beides gehört zusammen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht.)

So wichtig das Thema Garzweiler ist, möchte ich nun zum Haushalt der Umweltministerin und nicht ausschließlich zu Garzweiler reden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich will etwas zu Umweltpolitik in schwieriger Zeit sagen: Moderne Umweltpolitik muß sich heute zwei Strömungen entgegenstellen. Zum einen gibt es diejenigen, die Umweltschutz als Luxus über Bord werfen wollen. Und es gibt die anderen, die dem Irrglauben anhängen, Umweltschutz sei nur dann gut, wenn er wehtue. Beides hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun, beides hat auch nichts mit moderner Umweltpolitik zu tun. Wir müssen vielmehr auf unser altes Leitbild "Arbeit und Umwelt" zurückgreifen.

Umweltpolitik auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert muß integrativ und auf Konsens angelegt sein. Eben nur so ist Nachhaltigkeit sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Die SPD-Fraktion und der SPD-Landesverband haben mit ihrem Umweltkonsens, dem Pakt für Umwelt, Innovation und Beschäftigung, in einem langen, dialogorientierten Prozeß mit den Gewerkschaften, der Wirtschaft des Landes und der Wissenschaft die Grundlagen einer modernen Umweltpolitik gelegt. Jetzt erwarten wir, daß die Landesregierung sie umsetzt.

Hier bin ich schon an einem Punkt, wo auch ein Unterschied zu altem Denken und zu einer alten Fixierung auf obrigkeitstaatlicher Kontrolle besteht. Nur festzuhalten am "end of pipe" und nur darauf zu vertrauen, daß staatliche Vorschriften und Bevormundungen alles regeln könnten, das wäre falsch. Wir müssen auf produktionsintegrierten Umweltschutz setzen, wir müssen integrative Konzepte anpacken. Wir müssen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften in partnerschaftlichen Modellen zu Fortschritten kommen.

Ich glaube, daß auch hier immer noch zu viel altes Denken herrscht. Denn die Gewerkschaften und die meisten Unternehmer sind schon viel weiter als viele von uns, die in ihrem alten mißtrauischen Weltbild verhaftet sind.

(Beifall von Abgeordneten der SPD)

(D) In manchen Bereichen werden deshalb leider immer noch die ideologischen Schlachten von gestern geschlagen oder zumindest alte Wunden geleckert. Da kann es dann nicht verwundern, daß manchmal auch die Aufgabenerfüllung zu kurz kommt. So ist etwa die Vorlage einer Novelle zum Landesabfallgesetz längst überfällig; diese darf nicht länger hinausgeschoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Es muß uns doch allen zu denken geben, wenn sich die Anfragen aus den Kommunen in unseren Büros zu Bergen aufstapeln. Ein klares Konzept ist nötig und möglich. Wir müssen die alten Deponien, die Zeitbomben von morgen, endlich überprüfen und zumachen. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht neue Experimente zum Beispiel in biologisch-mechanischen Anlagen fortgesetzt werden und zu einem Leerfahren der Hochtechnologie in den Verbrennungsanlagen führen. Wenn wir das nicht verhindern, dann werden wir zu Gebührensprüngen kommen, die wir alle nicht akzeptieren können. Das macht die SPD-Land-

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD])

(A) tagsfraktion nicht mit, und das machen auch die Bürgerinnen und Bürger im Lande nicht mit.

(Beifall bei der SPD - Werner Stump [CDU]:  
Zehn Minuten!)

Wir haben aber neben den Problemen auch eine stolze Liste als Leistungsbilanz vorzulegen. Ich nenne die Initiative für eine ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft, das größte Einzelprojekt, so behaupte ich, in dieser Legislaturperiode mit einem Gesamtinvest von 1 Milliarde DM und einer Arbeitsplatzzahl in der Größenordnung von mehreren tausend,

(Ministerin Bärbel Höhn: 6 000!)

die dadurch geschaffen werden. Ich denke, das ist eine stolze Leistung, die wir auf diesem Gebiet vorzuweisen haben.

Wir haben beim Hochwasserschutz durch Frau Ministerin Höhn nahtlos an den Anstrengungen ihres Vorgängers mit deutlichem finanziellen Schwerpunkt angeknüpft.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Kollege.

(B)

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Ich bin in zwei Minuten fertig.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** In einer. Die Redezeit ist nämlich abgelaufen.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Weiter nenne ich die Verabredung zur freiwilligen Finanzierung des Altlastenverbandes AAV. Wir sind da auf einem ganz tollen Weg. Es zeigt sich da auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sehr die Wirtschaft bereit ist, mit uns an der Lösung von Problemen zu arbeiten.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, die Zeit ist abgelaufen. Es gibt noch eine andere Runde.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD):** Ich bin beim letzten Punkt. (C)

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Ja, er ist am Ende!)

Eine Minute noch.

Daß sich die CDU seit Jahren im Land der ernsthaften umweltpolitischen Debatte im Landtag und im Ausschuß verweigert, ist bedauerlich,

(Oh-Zurufe von der CDU)

für eine Opposition, die sich mit ihrem Schicksal abgefunden hat, ist das freilich typisch und zwangsläufig.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Was Sie aber in diesem Jahr zum Umwelthaushalt gemacht haben, ist an Provokation nicht mehr zu überbieten. Sie sind mit einer Tischvorlage, die aus einem Sammelsurium von Fragen, Anträgen und Kommentaren bestanden hat, in den Ausschuß gekommen, nachdem die Koalitionsfraktionen ihre Beratungen abgeschlossen hatten, was Sie wußten. Sie durften sich dann nicht wundern, daß im Ausschuß eine sachliche Behandlung nicht mehr erfolgen konnte und die Tischvorlage natürlich einer Ablehnung anheimfiel. (D)

Schließlich hätten wir wenigstens auf ein bißchen Opposition Anspruch. Aber nicht einmal das bringen Sie zuwege, wenn Sie schon nicht an einer konstruktiven Diskussion teilnehmen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von und Unruhe bei der CDU)

Wir könnten also Ihren Antrag im Ausschuß nicht zustimmen, und wir werden heute auch dem Streichungsantrag zu den 2 Millionen DM nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD und von Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Mai.

A) **Gerd Mai (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will auch zu der aus meiner Sicht erfolgreichen Umweltpolitik dieser Landesregierung und dieser Ministerin sprechen. Aber natürlich werde ich zu Beginn auch noch einmal zu den Ausführungen von Herrn Stump Stellung nehmen. Von ihm ist in der ihm eigenen Art das Thema Garzweiler erneut angesprochen worden.

Ich will mehrere Dinge klarstellen: Wir stehen vor den Entscheidungen über den Antrag des Bergbautreibenden auf Zulassung des Rahmenbetriebsplanes, und wir stehen vor der Entscheidung - das wird sich noch etwas länger hinziehen, wie wir gehört haben - über den Antrag des Bergbautreibenden über wasserrechtliche Erlaubnisse.

Der Landtag hat hier - das war einvernehmlich zwischen den beiden die Regierung tragenden Fraktionen - festgestellt, daß beide Verfahren nach Recht und Gesetz ablaufen werden, daß sie zügig und sorgfältig bearbeitet werden und

(Klaus Matthiesen [SPD]: Und ohne politische Einflußnahme!)

- darauf komme ich noch - ohne politische Einflußnahme. Auch das ist mir an dieser Stelle wichtig. Hinzu kommt - Herr Clement hat das auch schon einmal eingeführt -, daß sich die Koalitionspartner bei den Koalitionsverhandlungen darauf verpflichtet haben, dieses Projektes Garzweiler II nicht totzuprüfen. Auch das haben wir schon mehrfach hier erklärt.

B)

Es ist aber auch klar - auch dies hat Herr Clement deutlich gemacht -, daß alle offenen Fragen, insbesondere auch die offenen Fragen, die die Umweltministerin in das Verfahren zum Wasser- und Naturhaushalt eingebracht hat, also in bezug auf die wasserrechtliche Erlaubnis, abgearbeitet und geklärt werden müssen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sind doch alle geklärt, wie wir gerade gehört haben!)

- Ich sage Ihnen das nur.

Das geschieht nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes. Herr Linssen, schauen Sie in dieses Gesetz hinein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Verfahren wird nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes - nach Recht und Gesetz - stattfinden und - wie Herr Matthiesen zu Recht sagt - ohne politische Einflußnahme. Des-

halb kann es auch nicht angehen, daß irgendein Landtagsausschuß oder irgendwelche Landtagspolitiker aus diesem Hause versuchen, Einfluß auf Fragestellungen zu nehmen, die in dem Verfahren zu klären sind oder nicht. (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha!)

Das entscheidet, wie es Herr Kasperek gesagt hat, die zuständige Ministerin und die Landesregierung nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und ohne politische Einflußnahme von außen.

So ist der Gang der Dinge, so wird es stattfinden, und deshalb lassen Sie mich das zu diesem Punkt gesagt haben.

Ich will an dieser Stelle über die Umweltpolitik in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen sprechen. Diese Umweltpolitik ist ja offensichtlich in die Defensive geraten. Umweltpolitik wird meines Erachtens zu Unrecht als ein Risiko für Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb angesehen. Ich meine dagegen: Die Umweltfrage ist vielmehr zu einem starken Modernisierungsmotor entwickelter Industriegesellschaften geworden, dessen Potential es auszubauen gilt.

Die Chance hochentwickelter Industrieländer wie Nordrhein-Westfalen - und Nordrhein-Westfalen ist ein führendes Industrieland - liegt wesentlich im Qualitäts- und Innovationswettbewerb. Umwelttechnische Innovationen spielen eine besondere Rolle. Bei wachsender Weltbevölkerung - das sind ja die globalen Probleme, denen wir uns jetzt, auch nach dem Abschluß der Weltklimakonferenz, gegenüber sehen -, bei steigender globaler Güterproduktion - man schaue nur auf die Schwellenländer, auf die Entwicklungsländer, auf Indien, auf China, auf die begrenzte und sinkende Aufnahmekapazität der Erde für Emissionen und Abfälle - ist eine große und meines Erachtens zunehmende Nachfrage nach Umweltinnovationen bei Verfahren und Produktionen zu erwarten. (D)

Ökologische Modernisierung, die auf umwelteffiziente Güter und Verfahren abzielt, ist also eine wesentliche und sichere Chance für den Standort Deutschland und auch für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

Deshalb hat die Landesregierung kürzlich in einem aktuellen Sachstandsbericht bezüglich des Zukunftsinvestitionenprogramms von 13 Milliarden DM - das werden Sie kennen - "Arbeit und

(Gerd Mai [GRÜNE])

- (A) Umwelt" im letzten Monat noch einmal darauf hingewiesen, daß - ich zitiere - "die internationale Standortkonkurrenz und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Notwendigkeit aufzeigen, die ökonomische und ökologische Modernisierung der Wirtschaft in unserem Land entschlossen zu fördern, damit die Unternehmen noch stärker auf Wertschöpfung, auf moderne Technologie und Spitzenprodukte setzen". Weil Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz ein Querschnittsthema ist, will ich kurz auf die verschiedenen Initiativen des Landes eingehen, die meines Erachtens dazu beitragen, diesem selbst gesetzten Anspruch auch gerecht zu werden.

Ich habe gestern gehört, daß der Wirtschaftsminister von links und von rechts heftig kritisiert und angegriffen worden ist.

(Zurufe von der CDU)

Wir alle wissen, daß der Wirtschaftsminister kein grünes Parteibuch, sondern ein rotes Parteibuch hat. Bei allen unterschiedlichen Politikansätzen, die man ja auch nachlesen kann, will ich jedenfalls dem Minister meinen Respekt bezüglich der Initiativen nicht versagen, die den Strukturwandel, der aus meiner Sicht aus ökonomischen und aus ökologischen Gründen in Nordrhein-Westfalen unverzichtbar ist, vorangetrieben haben.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem sektoralen Strukturwandel gehört, daß Nordrhein-Westfalen zu einem der bedeutendsten Medien- und Telekommunikationsstandorte der Republik geworden ist.

Dazu trägt aber auch - damit komme ich zum Umweltthema zurück - die Landesinitiative Zukunftsenergien bei, die das gesamte wirtschaftliche Know-how im Energieland Nordrhein-Westfalen - Nordrhein-Westfalen ist bundesweit das Energieland Nr. 1 - gebündelt hat. Die Landesinitiative Zukunftsenergien versteht sich als Beratungsforum, als Handlungsplattform, als Leitzentrale, als Informations-, Kommunikations- und Kooperationsbörse. Die Photovoltaik, die Solarthermik, die Windkraft, die Kraft-Wärme-Kopplung, Branchenenergiekonzepte, Kraftwerkstechnologien, Bauen und Wohnen in diesem Sektor, Biomasse, Wärmepumpen, Energiespeicherung, Energiedienstleistung, Brennstoffzellenentwicklung haben sich in Arbeitsgruppen zusammengefunden und eine Vielzahl von Projektideen auf den Weg gebracht. Ich finde, daß das Projekt der 50 Solarledlungen, das aus dieser Initiative entstanden ist, wo schon

mehr als 40 konkrete Anmeldungen für Nordrhein-Westfalen vorliegen, ein hervorragendes Beispiel ist.

Respekt zolle ich auch dem Ergebnis der Anstrengungen des Wirtschaftsministers, am Standort Gelsenkirchen eine Solarfabrik mit drei wesentlichen Produktionsschritten zu errichten, nämlich erstens der Solarmodulfertigung mit einer Kapazität von 10 Megawatt und 10 Millionen DM Investitionsvolumen, einer neuen Solarzellenfertigung mit einer Kapazität von 25 Megawatt und einem Investitionsvolumen von 30 Millionen DM und in einer zweiten Ausbaustufe auch die Waver-Produktion mit einem Produktionsvolumen von 20 Millionen Schelben und einem Investitionsvolumen von mehr als 60 Millionen DM.

Der Bau der Solarfabrik ist aus energie- und Industriepolitischer Sicht ein außerordentlich wichtiges Signal. Nordrhein-Westfalen übernimmt damit auch hier die Schrittmacherrolle zur Nutzung und Weiterentwicklung einer innovativen Technologie und damit auch zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diese Reihe reiht sich auch das REN-Breitenförderprogramm des Wohnungsbauministers ein. Es ist ein Renner. Er hat es jüngst in einer Pressekonferenz dargestellt. 1997 wurden doppelt so viele Projekte belegt wie 1995, und mit 1 DM Investitionsförderung erreichen wir Anschübe von Investitionsvolumina von 4,50 DM. Auch das macht klar: Hier werden Arbeitsplätze gesichert und Arbeitsplätze geschaffen.

Nordrhein-Westfalen nimmt in bezug auf die installierte Leistung von Windenergieanlagen unter den Binnenländern den ersten Platz ein. Mittlerweile haben wir eine Zulieferindustrie, die zu 60 % aus Nordrhein-Westfalen kommt, bezogen auf die Anlagenhersteller. Es ist ein Erfolg, daß sich die Umsätze dieser Branche mittlerweile auf über 360 Millionen DM belaufen.

Ich habe auch mit Interesse gelesen, daß der Wirtschaftsminister und der Bauminister die Nachfrageverbesserung bei Photovoltaikprodukten mit einer neuen Initiative angehen wollen. Auch hier bin ich der Meinung - auch das ist ja in dieser Woche thematisiert worden -, daß bei Ausschöpfung des preisrechtlich eröffneten Spielraums bei dem Modell der kostengerechten Vergütung durch alle Energieversorgungsunternehmen Nordrhein-Westfalens jährlich mehr als

(Gerd Mai [GRÜNE])

- .) 220 Millionen DM zukunftsfähige Investitionen angeschoben werden könnten. Ich freue mich, wenn die beiden Minister versuchen, ein solches Programm auf den Weg zu bringen.

Herr Kasperek hat schon die Programme angesprochen, die wir im Umweltbereich auf den Weg gebracht haben. Ich freue mich, daß das von der Umweltministerin erarbeitete Initiativprogramm zur ökologischen und nachhaltigen Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen mit zunächst über 250 Millionen DM aus der Abwasserabgabe positive Effekte nach sich zieht. Wir werden darüber wohl morgen noch konkret debattieren. Das Initiativprogramm trägt neuen Gedanken zu einem anderen Umgang mit Regenwasser, zur Entwicklung innovativer Techniken hin zur Wasserkreislaufwirtschaft, zur Energieeinsparung und zur CO<sub>2</sub>-Minderung auf Kläranlagen Rechnung.

Ich könnte eine Menge von Projektbeispielen aus dem Bereich der Abwasserbeseitigung aufzählen, die deutlich machen, daß auch hier Investitionen in Millionenhöhe angeschoben worden sind und damit zahlreiche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen durch diese Initiative der Umweltministerin gesichert und neu geschaffen worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- ?) Arbeitsplätze insbesondere in der mittelständischen Bauwirtschaft, in der Handwerkerschaft, im Garten- und Landschaftsbau sowie auch im mittelständischen Anlagenbau wurden hier gesichert.

Zum Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz tragen aber auch die anderen Maßnahmen bei, über die im Laufe dieser Haushaltsberatungen noch zu reden sein wird. Ich nenne nur das Altbausanierungsprogramm, die ökologische Landwirtschaft, das Programm zur regionalen Vermarktung.

Ich sehe für meine Redezeit keine Zeitperspektiven mehr, deshalb lassen Sie mich nur noch einige Sätze sagen, bevor die Präsidentin anfängt, mich zu rügen. Ich will darauf hinweisen, daß wir über neue Instrumente in der Umweltpolitik diskutiert haben, insbesondere über neue Instrumente wie Selbstverpflichtung der Wirtschaft, freiwillige Vereinbarungen.

Nun haben wir ja in Nordrhein-Westfalen vielfältige Erfahrungen mit den freiwilligen Vereinbarungen gemacht, zuletzt mit der Sicherung des Altlastensanierungsverbandes. Die Ministerin hat sich hier sehr kooperativ gezeigt. Nur auf seiten der Wirtschaft hakt es. Ich bin trotzdem dafür, diese

Instrumente weiter auszubauen, diesen Weg weiterzugehen, aber auch den Weg der ökologischen Abgaben näher zu untersuchen. Wir haben am Beispiel der Abwasserabgabe die produktiven Potentiale kennengelernt, die aus solchen ökologischen Lenkungsinstrumenten erwachsen können. Ich bin dafür, beide Wege weiterzuverfolgen und intensiv in den zuständigen Ausschüssen zu debattieren, um möglicherweise auch in diesen Punkten zu konsensualen Lösungen zu kommen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die Landesregierung die Ministerin Höhn.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:** Meine Damen und Herren! Ich möchte die Rede nutzen, um die inhaltlichen Konzepte der Landesregierung hier noch einmal darzulegen. Wir sind nach mittlerweile zweieinhalb Jahren einen großen Schritt weiter in der ökologischen Modernisierung Nordrhein-Westfalens,

(Lachen des Dr. Helmut Linszen [CDU])

um neue ökologische und soziale Impulse und Perspektiven zu geben. Mehrere sind eben selbst von der Opposition angesprochen worden. Durch eine Umweltpolitik, die das Schwergewicht von der Nachsorge auf die Vorsorge legt, fördert und beschleunigt die Landesregierung den zukünftigen Strukturwandel dieses Landes. Es ist nämlich notwendig, daß wir beim Strukturwandel zu einer vorsorgenden Umweltpolitik kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linszen [CDU]: Wie bei den Dioxinen in Duisburg!)

- Richtig, gerade auch Duisburg! Duisburg hat dadurch eine Perspektive bekommen, daß wir mit den Betreibern der Anlagen, die über Jahrzehnte hinweg sehr hohe Dioxinmissionen ausgestoßen und damit die Bevölkerung langfristig belastet haben, Verträge gemacht haben, Herr Matthiesen --- Herr Linszen,

(Heiterkeit und Zuruf des Dr. Helmut Linszen [CDU]: Auf der Seite kämpfen Sie also!)

(C)

(D)

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) und daß wir damit diese drei Anlagenbetreiber gezwungen haben, Filter einzubauen. Gleichzeitig haben wir damit eine Situation geschaffen, diese Arbeitsplätze zukunftsfähig in der Stadt Duisburg zu erhalten, meine Damen und Herren.

Das erste Ziel unserer nachhaltigen Abfallpolitik ist die Abfallvermeidung. Und so haben wir in den insgesamt 15 000 genehmigungsbedürftigen Anlagen in Nordrhein-Westfalen - 2 500 davon sind als besonders abfallrelevant einzustufen - bislang über 1 000 Anlagen auf die Möglichkeit von Abfallvermeidung und -verwertung überprüft. Die Sachverständigen haben eine mögliche Recyclequote von bis zu 85 % errechnet.

Wenn unser erstes Ziel, die Abfallvermeidung und Vermeidungssteuerung ist, so bieten die gesetzlichen Rahmenbedingungen heute bessere Voraussetzungen als noch vor einigen Jahren. Ich nenne das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. In diesem Zusammenhang haben wir einen weiteren Auftrag des Koalitionsvertrages erfüllt. Es liegt ein Konzept für eine Kopfstelle produktionsintegrierter Umweltschutz vor.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ist ja ganz toll!)

- (B) Diese Kopfstelle wird in Kürze eingerichtet werden, und wir werden damit die Möglichkeit schaffen, schon bei der Produktion Abfall zu vermeiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das ist die notwendige Umstrukturierung, die wir in der Wirtschaft brauchen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Auwei, auwei!)

Meine Damen und Herren! Wir werden die Aussagen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zum Ziel einer abfallarmen Kreislaufwirtschaft übernehmen, und sie an den Stellen im Landesgesetz konkretisieren, wo das Bundesgesetz unscharf bleibt.

Wir fördern aktiv die Kooperation von öffentlichen Abfallentsorgern. Bei den Abfallüberlassungspflichten für private Haushalte, für Industrie und Gewerbe werden wir die kommunalen Interessen stärker als das Bundesgesetz berücksichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir regeln verbindlich die getrennte Erfassung von Bioabfall und damit die flächendeckende Kompostierung.

Die anerkannten Naturschutzverbände erhalten Mitwirkungsrechte bei der Zulassung von Anlagen. Sonderabfälle, die im Land entstehen, müssen ortsnah beseitigt werden - natürlich nur dann, wenn eine Verwertung ausgeschlossen ist.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das muß alles erst noch beschlossen werden!)

Ich möchte auf die einzelnen Punkte näher eingehen: auf die Kooperation der öffentlichen Abfallentsorgung und beim Siedlungsabfall. Sie wissen alle, daß wir das Konzept der restriktiven Bedarfsprüfung durchgeführt haben und damit in diesem Problemfeld erheblich weitergekommen sind, daß wir eine Planung für das ganze Land gemacht haben, daß wir sie heruntergebrochen haben auf die Regierungsbezirke. Mit dem Bestehen der Verabschiedung von Abfallwirtschaftsplänen werden wir genau den Punkt, Herr Kasperek, den Sie angesprochen haben, nämlich die Deponien, angehen.

Der Erlaß von 1999, der ja mit Erfolg beklagt ist und damit nicht mehr gilt, war aber im Inhalt richtig, sich nämlich den Deponien anzunehmen und eben zu sagen: Auch Deponien müssen der TASI genügen. Wir werden deshalb das Anliegen in qualifizierter Form umsetzen und jede Deponie unter die Lupe nehmen. Sie haben recht, es ist in der Tat nicht verantwortbar, auch nicht für nachfolgende Generationen, wenn Deponien nicht mehr dem Stand der Technik genügen und sie weiter offen gehalten und die Kosten sowie Umweltbelastungen auf nachfolgende Generationen verlagert werden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sehr richtig! - Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind hier, was die restriktive Abfallpolitik angeht, sehr weit gekommen. Wir sind mit den Regierungspräsidenten bis auf Kleinigkeiten in dem Punkt übereingekommen und haben insofern ein schwieriges Problem in der Abfallpolitik, glaube ich, über diese landesweite Planung mittlerweile gut in den Griff bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte als ein weiteres Problem, das damit zusammenhängt, Herr Stump, den Punkt ansprechen, den Sie genannt haben: Altlasten. Auch wenn wir auf Vorsorge umsteigen, haben wir in der Tat die Probleme der bisherigen, der alten Umweltpolitik zu tragen, aus der heraus die Altlasten entstanden sind. Wir müssen hier ganz er-

(Ministerin Bärbel Höhn)

- A) hebliche Anstrengungen unternehmen, um diese Altlasten wieder zu sanieren.

Eben ist auch die Vereinbarung des Lizenzmodells mit dem AAV angesprochen worden, die ich mit der Wirtschaft treffen werde. Auch die Wirtschaft steht nach einigen Anstrengungen kurz vor dem Ziel ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Deshalb bin ich frohgemut, daß wir in kürzester Zeit endlich ein Nachfolgeverfahren bekommen, und wieder mehr für die Altlasten in diesem Land tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gehandelt, und wir haben nicht geredet, Herr Stump.

Wirksamer Bodenschutz heißt aber auch, daß wir zum Beispiel in 1998 ein Förderprogramm aufmachen werden. Es geht um Maßnahmen des Bodenschutzes. Wir wollen zum Beispiel mit diesem Geld einen Überblick über die Bodenbelastung erarbeiten. Damit wird die Arbeitsgrundlage für stofflichen Bodenschutz geschaffen. Auch diesen Punkt gehen wir an und haben ein gutes Konzept, das wir in 1998 ein Stück weiterführen werden.

- B) Der weitere Bereich ist die nachhaltige Wasserwirtschaft. Mehrfach ist das große Programm, das wir aufgelegt haben, erwähnt worden. Es war möglich durch die Existenz einer Abgabe. Hier sieht man, wie gut und wirksam Abgaben eingesetzt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Abwasserabgabe ist ein Beispiel. Das ist ein Programm von 255 Millionen DM, und es ist ein Programm, das 6 000 Arbeitsplätze geschaffen hat, meine Damen und Herren.

(Roland Appel [GRÜNE]: Hervorragend!)

Das ist eine wichtige Tat für Nordrhein-Westfalen. Es handelt sich um Arbeitsplätze in einem Bereich, in dem wir sie gerade brauchen. Es sind eben nicht Akademiker-Arbeitsplätze, sondern Blaumann-Arbeitsplätze - Arbeitsplätze für Leute, die auch in diesem Bereich teilweise nicht so qualifiziert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Genau!)

Von daher ist das so wichtig - gerade auch für den Mittelstand und für die Kleinbetriebe. Auch hier gehen wir unseren Weg. Sie wissen, daß wir

morgen in der Plenardebatte noch näher auf dieses Programm eingehen. (C)

Wir kommen zu einer vorsorgenden Wasserpolitik. Vorsorgende Wasserpolitik ist nachhaltige Wasserwirtschaft. Das heißt, daß wir nach diesem Motto natürlich auch in den anstehenden Genehmigungsverfahren vorgehen. Alle unsere Genehmigungsverfahren werden sorgfältig und zügig bearbeitet.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Hintergründe der Entscheidung der Landesregierung eingehen, im Haushalt die Bereitstellung von zusätzlichen 2 Millionen DM für Untersuchungen im Zusammenhang mit Garzweiler II vorzuschlagen. Sie wissen, daß wir in einem wasserrechtlichen Verfahren sind, was Kippenmaßnahmen und Sümpfungen angeht. Ich kann Ihnen versichern: Die Gründe für die Bereitstellung der 2 Millionen DM sind sehr einfach und gänzlich unangenehm. Wir alle miteinander wollen, daß die Genehmigungsverfahren für den Tagebau Garzweiler II zügig und sorgfältig durchgeführt werden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

- Zügig und sorgfältig, das sage ich sehr deutlich auch als zuständige Ministerin. Es ist Aufgabe einer Verwaltungsbehörde, ein Verfahren zügig zu gestalten, auch wenn Leute das offensichtlich, weil sie politisch Einfluß nehmen wollen, anders sehen, meine Damen und Herren. (D)

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Als Vertreterin der Verwaltung sehe ich die Notwendigkeit und Verpflichtung, zügig zu arbeiten. Ich werde alles in meinen Kräften stehende tun, um das zu machen und mich auch von Ihnen nicht abhalten zu lassen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Als zuständige Ministerin für das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren Garzweiler II habe ich sicherzustellen, daß die notwendigen finanziellen Ressourcen vorhanden sind, um noch offene Fragen zu klären. Niemand von uns kann wollen, daß fehlende Haushaltsmittel zu einer Verzögerung des wasserrechtlichen Verfahrens führen.

(Zurufe von der CDU)

Es soll, wo es geht, die Klärung offener Fragen parallel durchgeführt werden - auch wenn es mehr kostet. Das heißt, diese Mittel sind als Vor-

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Sorge für das kommende Jahr eingestellt worden. Es ist nicht sicher, ob diese Mittel benötigt werden. Aber ich muß auf jeden Fall vermeiden und möchte es auch vermeiden, daß nur, weil Geld im Haushalt fehlt, das Genehmigungsverfahren nicht so zügig wie möglich durchgeführt werden kann.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Anhalten-  
des Lachen bei der CDU)

Gerade deshalb wird diese Landesregierung alles ihr Mögliche tun, um dieses Verfahren zügig durchzuführen.

Ich komme zu einem anderen Bereich, in dem Genehmigungsverfahren an der Tagesordnung sind. Das ist der Emissionsschutz. Beim Emissionsschutz müssen wir für die Überwachungstätigkeit der Staatlichen Umweltämter und des Landesumweltamtes forciert und unterstützend tätig werden. Wir müssen Überwachungsgeräte, Meßstationen und Prüfdienste einrichten und ihnen eine effektive Arbeit ermöglichen. Wir haben deshalb ein Neukonzept des Luftüberwachungsnetzes in Nordrhein-Westfalen gestaltet. Dieses Meßkonzept ist flexibler als das bisherige und von daher den Erfordernissen angemessen.

- (B) Wir haben im Haushalt 1998 weitere Gelder eingestellt zur CO<sub>2</sub>-Minimierung und zur Reduktion von Verkehrsemissionen. Wir haben bei der Umsetzung des Lärminderungsplanes für die Gemeinden zusätzliche Programme aufgelegt. Zu diesem Zweck haben wir mit mehreren Städten - Aachen, Bonn, Brühl, Düsseldorf, Köln und Münster - nicht nur 1997, sondern auch für 1998 Lärminderungspläne aufgestellt, die gut angenommen werden. Es sind jetzt Mittel für Bielefeld und Troisdorf hinzugekommen. Dieser Ansatz liegt bei 1,5 Millionen DM.

Darüber hinaus gibt es zur ökologischen Landesplanung - um diesen Punkt noch kurz zu benennen - drei wichtige Beispiele, wo wir tätig werden. Das ist erstens die Dokumentationsstelle Umweltverträglichkeitsprüfungen. Sie soll die Informationen in diesem Bereich schnell und effizient zugänglich machen. Zweitens handelt es sich um das Leitprojekt Abgrabungen, bei dem wir die Schwierigkeit der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen und die Frage des Bedarfs und der Substitutionsmöglichkeiten mit allen Betroffenen, mit der Wirtschaft, mit den Naturschutzverbänden in einem gemeinsamen Prozeß erarbeiten wollen. Das ist ein Leitbild Abgrabungen. Das dritte Feld ist die Ermittlung geeigneter Ferienparkstandorte. Wir wissen alle, zu welchen Kon-

flikten es vor Ort kommt und daß wir hier vorbeugend tätig werden und agieren müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte Projekt ist die ökologische Stadtentwicklung. Wir wollen, gerade was die Agenda 21 angeht, die lokale Umsetzung der Ziele von Rio anstreben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben ein großes Feld, auf dem wir arbeiten. Wir sind sehr erfolgreich. In dem Sinne wünschen wir für das nächste Jahr 1998 die Mittel von Ihnen, um tätig werden zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Kollege Lindlar für die CDU-Fraktion.

**Hans Peter Lindlar (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wofür hat die CDU überhaupt Redezeit gewünscht? Das hat eben Herr Dr. Kasperek gefragt. Herr Dr. Kasperek, mit dieser Frage wird, auf den Punkt gebracht, Ihre Einstellung gegenüber der Arbeit im Umweltausschuß und gegenüber der Opposition deutlich.

(Beifall bei der CDU)

In diesen Äußerungen und Ihrem ganzen Verhalten wird deutlich, daß Sie förmlich vor Machtarroganz platzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das auch begründen, meine Damen und Herren, um deutlich zu machen, mit welcher Methode die SPD im Ausschuß Haushaltsberatung betreibt. Sie alle erinnern sich noch an die Situation im vorigen Jahr, als wir keine Anträge gestellt haben. Damals ist gesagt worden: Die CDU-Fraktion hat zum Umweltetat nichts zu sagen.

(Zuruf des Loke Mernizka [SPD])

Dieses Jahr - Herr Mernizka, Sie wissen doch gar nicht, wo der Umweltetat steht -

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie reden Unsinn!  
- Glocke)

dieses Jahr haben wir Anträge gestellt, und dann hat Herr Dr. Kasperek das weinerliche Lied begonnen, man habe sich in nächtelangen Beratungen zwischen Rot und Grün auf eine Koalitions-

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- A) Linie festgelegt, und dann könne doch die CDU nicht mit Anträgen kommen und das Wohlaustarierete durcheinanderbringen.

(Beifall bei der CDU)

So etwas muß man sich von einer Mehrheitsfraktion sagen lassen, die für sich beansprucht, die Meinungsführerschaft in der Umweltpolitik in diesem Haus zu haben.

(Loke Mernizka [SPD]: Die haben wir auch!)

Aber schauen wir uns auch einmal die Ministerin an, die eben gesagt hat: "Wir haben gehandelt und nicht nur geredet." Ich frage Sie, Frau Ministerin: Was haben Sie dafür getan, um die Menschen in Köln und Bonn vor der nächsten Hochwasserflut zu beschützen? Was haben Sie dazu getan?

(Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Eine Menge!)

Sie haben im Ausschuß erklärt, Sie hätten ein Hochwasserschutzprogramm, mit dem alle Maßnahmen auf nordrhein-westfälischem Gebiet ausgeführt werden könnten, die beantragt sind. Aber ich frage Sie: Was nützt das Bonn und Köln, wo das Hochwasser aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ankommt? Sie haben es trotz grüner Minister-Schwester in Hessen und roter in Rheinland-Pfalz noch nicht einmal geschafft, ein konkretes Konzept auf den Tisch zu legen, mit dem den Tausenden Menschen in Köln und Bonn in der Zukunft geholfen werden kann. Aber ich bin sicher: Wenn die Hochflut da ist, werden Sie als erstes wieder demonstrativ mit grünen Stiefeln vor der Presse stehen und Ihr Bedauern äußern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Zur Frage: Was ist hier gehandelt worden, und was wird geredet? Seit Oktober 1996 ist das neue Kreiswirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes in Kraft. Alle Bundesländer haben nach meinem Kenntnisstand inzwischen ihre Abfallgesetze angepaßt. Nur das Land Nordrhein-Westfalen hat über ein Jahr danach immer noch keinen Entwurf eines Landesabfallgesetzes auf dem Tisch.

Allerdings muß ich mich da korrigieren, und auch das gehört zu der Art, wie hier mit der Opposition umgegangen wird: Sie, Frau Ministerin, haben auf unsere Mündliche Anfrage laut Protokoll der Parlamentssitzung am 19. November schriftlich erklärt - die Anfrage ist schriftlich beantwortet wor-

den -, der Entwurf des Landesabfallgesetzes sei noch nicht auf dem Markt, weil Sie noch schwierige Verhandlungen mit der Wirtschaft führten. Ich frage Sie: Wieso haben Sie mit Datum vom 14. November, also fünf Tage vorher, der SPD-Arbeitsgruppe diesen Entwurf zugeschickt? (C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Aha! - Beifall bei der CDU)

Wo ist denn hier das Prinzip der Waffengleichheit? Ich nehme an, daß die Grünen zu dem Zeitpunkt den Entwurf schon auswendig gelernt hatten. So wird hier gearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Statt zu handeln, stellen Sie Personal ein. Ihre Arbeit machen inzwischen andere. Herr Trinekens hat doch ihr Abfallressort inzwischen längst übernommen - mit Herrn Antwerpes als Staatssekretär.

(Beifall bei der CDU)

Diesem Teil Ihres Ministeriums können Sie doch drangeben, weil Sie die wichtigen Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Aber, meine Damen und Herren, das Höchste: Wir haben ja alle darauf gewartet, Frau Ministerin, daß Sie nun erklären, wie man mit 2,75 Millionen DM für Gutachten ein Verfahren beschleunigen kann. Darauf muß vor allen Dingen ja auch der Kollege Matthiesen und müssen die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion gewartet haben; denn es ist ja zugesagt worden - das war ja Teil des Beschlusses, weshalb die SPD-Fraktion von dem Verlangen weiterer Klärungen und Sperrvermerken zurückgetreten ist -, daß die Landesregierung heute erklärt, wie diese zusätzlichen Gutachten zur Beschleunigung beitragen können. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie soll das gehen? (D)

(Zuruf von der SPD: Wir wissen es!)

Denken wir einmal vom Grundsatz darüber nach: Was sollen überhaupt Gutachten mit einem vorher bestimmten Ergebnis - nämlich dem, daß sie einen Prozeß beschleunigen? Das Geld ist doch von vornherein für andere Dinge vorgesehen. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wann erklären Sie der SPD-Fraktion, dem Kollegen Matthiesen und uns allen, wie es mit der wasserrechtlichen Genehmigung weitergeht? Denn daß die Ministerin keinerlei konkrete Zeitvorstellung gelten lassen will, das wissen Sie, Herr Matthiesen, ja auch. Die Ministerin hat ja noch vor kurzem draußen im Braun-

(Hans Peter Lindlar [CDU])

- (A) kohlerevier gesagt, selbst auf 1999 ließe sie sich nicht festlegen, weil solche Prozesse eben ihre Zeit brauchten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

Herr Matthiesen, Sie haben sich zu Beginn dieser Wahlperiode in einer Kampfabstimmung zum Fraktionsvorsitzenden wählen lassen. Ich frage mich: Warum haben Sie damals derart viel Ehrgeiz investiert? Um jetzt als Aktenträger einer völlig irritierten Ministerin hier zu dienen?

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Das Bild ist schief! Die Ministerin ist nicht irritiert!)

Ich frage Sie, Herr Matthiesen: Gilt für Sie als größtem Teil dieser Koalition die verfassungsmäßige Regelung, daß das Parlament die Regierung zu kontrollieren hat? Oder lassen Sie sich jetzt mit Ihren Kollegen wie ein Tanzbär am Nasenring der Umweltministerin durch die Arena führen und mit Gutachten verhöhnen?

(Beifall bei der CDU)

- (B) Im Kreis drumherum stehen wutschnaubend und zu Recht enttäuscht die verhöhnten Bergleute, und dort stehen die an der Unsicherheit ihrer Zukunft verzweifelnden, ebenso verhöhnten Umsiedlungsbetroffenen, die mit fassungslosem Kopfschütteln das verfolgen, was hier passiert.

(Roland Appel [GRÜNE]: Was ist denn das? Die möchten gerne umgesiedelt werden oder was?)

Ich fordere Sie auf, an dieser Stelle darauf zu dringen, daß die Ministerin Ihnen eine Antwort gibt, wieso 2 Millionen zusätzliche Gutachterkosten zur Beschleunigung dieses Prozesses dienen können. Wenn Sie das heute hier nicht klären können, haben Sie drei Tage in der Presse für Wirbel gesorgt

(Roland Appel [GRÜNE]: Sie hätten zuhören sollen!)

und das Ansehen Ihrer Fraktion schwer beschädigt.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Matthiesen.

(Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

**Klaus Matthiesen (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat heute, vertreten durch die Umweltministerin, eine von der SPD-Fraktion geforderte Erklärung abgegeben. Was wir gehört haben, war sie ja denn wohl.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was haben wir denn gehört?)

Wir nehmen sie zur Kenntnis - und mehr nicht. Diese soeben gehörte Erklärung bedarf deshalb einer Zusatzklärung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden, weil sie mir auch als politischer Maßstab für nachfolgende Beurteilungen und Debatten wichtig ist.

Die wasserwirtschaftliche Beherrschbarkeit war vor der Genehmigung des Braunkohlenplans Gegenstand von über 40 Untersuchungen und Gutachten. Im Verfahren über die Zulassung des Rahmenbetriebsplanes hat das Umweltministerium neben der Beteiligung der Wasserbehörden eine übergreifende wasserwirtschaftliche Stellungnahme durch einen externen Wissenschaftler erarbeiten lassen.

Für den Rahmenbetriebsplan erwarten wir eine Zulassungsentscheidung gemäß Landtagsbeschluss nach Recht und Gesetz und ohne politische Einflußnahme mit den Wirkungen und Bindungen, die das Bundesberggesetz vorsieht. Was dann noch im wasserwirtschaftlichen Verfahren zu untersuchen ist, soll so zügig abgewickelt werden, daß Verzögerungen bei der Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis nicht entstehen.

Verzögerungen kann es auch nicht geben, denn der Rahmenbetriebsplan darf nur genehmigt werden, wenn gemeinschädliche Einwirkungen der Aufsuchung oder Gewinnung nicht zu erwarten sind.

(Beifall bei der CDU - Dr. Helmut Linssen [CDU]: So ist das!)

So schreibt es § 55 Bundesberggesetz vor. In dem Verfahren über die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes muß deshalb auch geprüft werden, ob die Schwelle der Gemeinwohlbeeinträchtigung überschritten wird, denn ein Gemeinwohlbeeinträchtigung im Sinne des Bergrechtes kann nicht ausgeschlossen werden, wenn eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nach § 6 Wasserhaushaltsgesetz vorliegt.

Sind Veränderungen des Gewässers zu erwarten - ich darf zitieren -, so "handelt es sich um eine

(Klaus Matthiesen [SPD])

- A) Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit, die in offenkundiger Parallelität zu § 55 I Nr. 9 Bundesberggesetz nach § 6 Wasserhaushaltsgesetz einen Versagungsgrund darstellt."

Dieses Zitat, meine Damen und Herren, ist deshalb wichtig - wenn auch für einige kompliziert; das gebe ich gerne zu -, weil so das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 9. November 1995 festgestellt hat.

(Dr. Helmut Linsen [CDU]: Ja!)

Das heißt im Klartext: Wenn das Bergamt Düren nach Prüfung der Stellungnahmen der Wasserbehörden und nach Prüfung der übergreifenden wasserwirtschaftlichen Stellungnahmen, die das Umweltministerium vorgelegt hat, zu dem Ergebnis kommt, daß gemeinschädliche Einwirkungen nicht zu erwarten sind, und deshalb den Rahmenbetriebsplan zuläßt, dann ist damit auch entschieden, daß eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes nicht vorliegt.

(Beifall bei SPD und CDU)

Diese Behördenentscheidung ist maßgeblich für das Landesoberbergamt bei der Zulassung der wasserrechtlichen Erlaubnis: Was geprüft ist, ist geprüft. Das in der Zulassung des Rahmenbetriebsplanes festgestellte Prüfungsergebnis ist den nachfolgenden Behördenentscheidungen zugrundezulegen.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Der Rahmenbetriebsplan, meine Damen und Herren, stellt deshalb fest, daß die Voraussetzungen für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 6 Wasserhaushaltsgesetz vorliegen. Die Abwägung, die das Landesoberbergamt vorzunehmen hat, reduziert sich auf die Ausübung fehlerfreien Ermessens.

Das heißt wiederum im Klartext: Der Zeitplan, um den es auch geht, kann unter rein sachlichen Gesichtspunkten eingehalten werden. Es muß nicht zu Verzögerungen kommen.

In diesem Zusammenhang darf ich aus einem Briefwechsel zitieren, der teilweise schon in der Presse stand. Aufgrund eines Gespräches, das zwischen dem Vorstand von Rheinbraun und der Ministerin stattgefunden hat, hat der Rheinbraun-Vorstand, an die Ministerin gerichtet, geschrieben - ich darf zitieren -:

"Hinsichtlich der Terminabläufe bestehen deutlich unterschiedliche Auffassungen. Wir halten auch weiterhin eine Entscheidung über die wasserrechtliche Erlaubnis für die Sümpfung auch bei sorgfältiger Prüfung bis August 1998 für möglich und nötig. Von Ihnen" (C)

- gemeint ist die Ministerin -

"wurde hingegen die Auffassung vertreten, daß eine Entscheidung nicht vor 1999 möglich ist.

(Lothar Hegemann [CDU]: Aha!)

Wir haben auf die grundsätzlichen Konsequenzen einer solchen Verzögerung für die Realisierung des Vorhabens Garzweiler II hingewiesen."

(Lothar Hegemann [CDU]: Jetzt wissen wir es!)

Die Ministerin hat daraufhin in einem Schreiben an den Vorstand von Rheinbraun unter anderem wie folgt reagiert:

"Der Charakter dieser Fragen (die Sie vorher erläuterten) macht es derzeit nicht möglich, einen definitiven Endtermin für das Verfahren zur Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Sümpfung und die Kippenmaßnahmen für den Tagebau Garzweiler II zu nennen." (D)

Soweit dieser Vorgang.

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Klaus Matthiesen (SPD):** Ich wollte diesen Brief hier nur erwähnt haben,

(Roland Appel [GRÜNE]: So ist das auch! Natürlich steht das in diesem Gesetz, Herr Matthiesen! - Gegenruf des Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Sie Schreihals!)

weil er schon in der Presse stand, und deshalb dient es der Klarheit, obwohl das Hohe Haus über diesen Vorgang, der uns zugänglich gemacht worden ist, informiert ist.

Ich sage also noch einmal:

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(A) **Klaus Matthiesen (SPD):** - Sofort, Frau Präsidentin, nur noch zwei Sätze. - Ich sage also noch einmal abschließend: Der Zeitplan kann unter rein sachlichen Gesichtspunkten eingehalten werden; es muß nicht zu Verzögerungen kommen.

Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, daß darüber zwischen allen Beteiligten Klarheit besteht. Wenn dies nicht so ist, dann muß im Interesse unseres Landes, unserer Wirtschaft, unserer Bergleute und im Interesse der Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit staatlichen Handelns schnell und unmißverständlich Klarheit geschaffen werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es hat nun der Kollege Mai für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(B) **Gerd Mai (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was der Kollege Matthiesen hier vorgetragen hat, war ein interessanter Beitrag für juristische Seminare. Wie ich weiß, wird in juristischen Seminaren über Garzweiler und die verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Implikationen sehr heftig und kontrovers debattiert.

Ich stelle fest: Das Verfahren wird so ablaufen, wie es die zuständigen Behörden in ihren Bescheiden festlegen. Zuständig ist das Bergamt Düren, zuständig ist das Landesoberbergamt, und zuständig ist die oberste Wasserbehörde als Fachaufsicht. Die zuständigen Behörde in der Exekutive, nicht in der Legislative, werden nach den rechtlichen Grundlagen, die auf der einen Seite im Bundesberggesetz und auf der anderen Seite im Wasserhaushaltsgesetz - ich empfehle dem Kollegen Matthiesen, dort einmal genau nachzulesen - enthalten sind, das Verfahren bestimmen und entscheiden. Ich habe volles Vertrauen in die dafür zuständigen Behörden und Personen, die die oberste Fachaufsicht ausüben. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun der Herr Kollege Dr. Linssen für die CDU-Fraktion.

(C) **Dr. Helmut Linssen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier und heute muß Klarheit geschaffen werden. - So endet mein Kollege aus der SPD-Fraktion, und wir als CDU-Fraktion bestehen ebenfalls darauf, daß hier und heute Klarheit geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen wissen, ob der Zeitplan eingehalten werden kann, ob stimmt, was Herr Matthiesen hier erklärt hat, daß, wenn allein an der Sache orientiert vorgegangen wird, der Zeitplan bis zur Sommerpause, wie bisher besprochen, eingehalten und damit auch endlich wieder Rechtssicherheit für Investoren in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion hat, wie ich der Presse entnommen habe, eine Garantieerklärung der Landesregierung verlangt, daß der Umweltausschuß das Heft des Handelns in der Hand hat.

(Widerspruch bei der SPD)

- Sie können nachher ja erklären, was Sie gemeint haben. Ich gebe meine Interpretation dessen ab, was ich in der Zeitung gelesen habe.

(Lachen bei den GRÜNEN)

(D) Sie haben jede Möglichkeit klarzustellen, welche drei Bedingungen Sie an die Freigabe der Mittel, an den Nicht-Sperrvermerk geknüpft haben.

(Roland Appel [GRÜNE]: Was Sie meinen, ist politische Einflußnahme, Herr Linssen, nicht Recht und Gesetz!)

Meine Damen und Herren, ich stelle für die CDU-Fraktion fest: Herr Mai und Frau Ministerin Höhn haben hier ausgeführt, daß es offene Fragen gebe, die nicht untersucht seien und die noch der Untersuchung harften. Ich habe gehört, daß Herr Kasperek und Herr Matthiesen erklärt haben, es gebe keine offenen Fragen mehr. Was stimmt denn nun eigentlich?

(Beifall bei der CDU)

Ich habe von Herrn Mai gehört, daß der Umweltausschuß keine Möglichkeit hat, auf die Fragen irgendeinen Einfluß zu nehmen. Die SPD hat sich, wenn sie heute die Mittel freigibt, jeder Einflußnahme in diesem Verfahren begeben, und sie hat überhaupt nicht mehr in der Hand, wo die

(Dr. Helmut Linssen [CDU])

- A) 2 Millionen DM zusätzlich für welche Fragestellungen ausgegeben werden.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn hat hier erklärt, bei den Kippenmaßnahmen und den Sümpfungen gebe es offene Fragen. - Jahrelang haben sich internationale Fachgutachten dieser Frage gewidmet, x-mal geprüft im Hauptverfahren - beim Braunkohlenplan und jetzt auch beim Rahmenbetriebsplan.

(Roland Appel [GRÜNE]: Das stimmt nicht, Herr Linssen!)

Meine Damen und Herren, ich teile die Meinung des Kollegen Matthiesen, daß die Gemeenschädlichkeit oder -unschädlichkeit dieses Verfahrens endgültig beschieden ist, wenn der Rahmenbetriebsplan genehmigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn hat hier Krokodilstränen vergossen, es könnten ihr eventuelle Mittel fehlen - das muß man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen -,

(Heinz Paus [CDU]: Abenteuerlich!)

und deshalb stimme die SPD-Fraktion jetzt zu, 2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Können Sie überhaupt noch ertragen, wenn Ihnen eine Ministerin so ins Gesicht schlägt, wo Sie doch selbstverständlich anderer Meinung sind? Ich verstehe die SPD überhaupt nicht mehr, wenn sie heute hier zustimmen will.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Gesetze der Logik können nicht außer Kraft gesetzt werden. Wenn alle Fragen geklärt sind, ist es völlig unnötig, einen weiteren Betrag von 2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

In SPD-Kreisen selber wird landauf, landab der Vermerk bei den 2 Millionen DM in der Ergänzungsvorlage, sie dienen der Beschleunigung des Verfahrens, als semantischer Beschleiß gewertet.

(Beifall bei der CDU)

Diese Mittel dienen nicht der Beschleunigung, sondern sie dienen eindeutig der Verzögerung. Sie geben einer Ministerin, die offen erklärt, sie wolle dieses Vorhaben nicht, 2 Millionen DM in die Hand. Glauben Sie vielleicht, das diene der Beschleunigung? Das ist doch mit den Gesetzen

der Logik überhaupt nicht mehr in Einklang zu bringen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, voraus: Die Verhöhnung der Bergleute, die hier passiert, wenn Sie heute zustimmen, werden sich die Bergleute nicht gefallen lassen, zu Recht nicht gefallen lassen. Sie werden nicht stillhalten, und die Judas-Rufe von Hagen werden sich wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, alles ist untersucht. An allen Grundannahmen hat sich nichts geändert, so hat Herr Kasperek hier für die SPD-Fraktion erklärt. Ich sage Ihnen deshalb: Die nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger werden es nicht mitmachen, daß hier Schmiergeld für den Erhalt einer Koalition gezahlt werden soll. Wir machen das nicht mit!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU  
- Erregter Widerspruch bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Höhn. (D)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Linssen, Sie haben eben gesagt, Sie wollten Klarheit, und Sie haben gefragt, was denn nun gelte.

Die Klarheit können Sie bekommen: In diesem Rechtsstaat haben wir eine klare Gewaltenteilung, eine Legislative und eine Exekutive, und Genehmigungsverfahren sind Aufgabe der Exekutive, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lothar Hege-  
mann [CDU]: Aber das Geld geben wir!)

Auf die Frage, was denn nun gelte, antworte ich: In diesem Land gilt nach Recht und Gesetz an diesem Punkt bei einem Genehmigungsverfahren die Meinung der Verwaltung, und so muß es auch in Zukunft bleiben. Gerade auch weil die Verwaltung sehr genau darauf achten wird, daß sie in einem solchen Verfahren keine Rechtsfehler macht, wäre es verwerflich, wenn die zuständige Ministerin dieses Landes auch nur einmal einen klaren Zeitpunkt für die Entscheidung über die wasserrechtliche Erlaubnis nennen würde. Der

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung gefällt wird, wird nicht beliebig von Ihnen, Herr Linssen, festgelegt, sondern er wird festgelegt, wenn die Fragen, die in diesem Verfahren eine Rolle spielen, geklärt sind. Danach richtet sich ein solches Verfahren nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rheinbraun war bei mir und hat gesagt, man wolle gern, daß betriebsbedingte Belange und Belange des Verfahrens zusammengebracht werden. Darauf habe ich geantwortet: Wir werden eine Arbeitsgruppe bilden und sehen, daß wir in diesem Sinne die Zeitpläne aufeinander abstellen. Das ist in einem solchen Verfahren auch vorgesehen. Ich glaube auch, daß es sehr wohl möglich ist, hier die betriebsbedingten Belange einzubeziehen.

Ich möchte Ihnen hierzu mitteilen, daß Rheinbraun eine wasserrechtliche Erlaubnis hat, die sich auf Garzweiler I, aber auch auf den umliegenden Bereich bezieht - denn wir haben hier ein Genehmigungsverfahren Garzweiler I/Garzweiler II - und daß die Erlaubnis bis zum Jahre 2010 gilt.

- (B) Meine Damen und Herren! In diesem Sinne dürfte es keine Probleme mit betriebsbedingten Belangen geben. Wir werden versuchen, in diesem Sinne eine Lösung zu finden, und zwar mit dem Unternehmen zusammen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Matthiesen.

**Klaus Matthiesen (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal wegen einer Bemerkung gemeldet, die Herr Linssen gemacht hat, und wegen einer Bemerkung, die die Frau Ministerin gemacht hat.

Die Bemerkung von Herrn Linssen lautete, wenn ich es richtig verstanden habe, "Schmiergeld für den Erhalt einer Koalition".

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit - ich bin manchmal auch ein Freund der Härte in der De-

batte -: Dies ist eine so unerträgliche Unterstellung (C)

(Erregte Zurufe von der CDU - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

gegenüber der gesamten Landesregierung und gegenüber einzelnen handelnden Mitgliedern der Landesregierung, daß sie der deutlichen Zurückweisung bedarf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was die Frage der parlamentarischen Mitwirkung anbetrifft, so kann es im Grundsatz keinen Zweifel geben, daß das Parlament befugt ist, jederzeit, wann immer es will, sich mit aktuellen oder weniger aktuellen Fragen der Landespolitik zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Es kann keinen Zweifel geben - den lasse ich auch gar nicht mit einem wie auch immer gearteten Soupçon aufkommen -, daß es erlaubt ist, daß einzelne Abgeordnete, Fraktionen oder das Parlament insgesamt auch Verwaltungshandeln einer Landesregierung begleiten.

(Beifall bei SPD, GRÜNEN und Abgeordneten der CDU) (D)

Die Frage ist eine andere, ob wir uns nämlich an die Stelle einer handelnden Verwaltung setzen. Das hat hier niemand begehrt, aber ich warne vor Interpretationen und Ansätzen, die auch nur so gedeutet werden könnten, als würden hier die Rechte des Parlaments, Informations-, Auskunfts- und Kontrollrecht in irgendeiner Weise beschnitten oder politisch beeinflußt.

(Lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren - weil mich der Kollege von der CDU direkt ansprach -, ist es völlig richtig, wenn die SPD-Fraktion von der Landesregierung verlangt, daß es eine ständige begleitende Information des Umweltausschusses des Landtages über die Gutachtenvergabe des Umweltministeriums und über die Gutachtenergebnisse im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens gibt. Das ist völlig korrekt

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Eine Selbstverständlichkeit!)

(Klaus Matthiesen [SPD])

- A) und entspricht der Kleiderordnung zwischen zwei Verfassungsorganen. Daran laß ich auch nicht rütteln, damit das völlig klar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung, Frau Ministerin, an Sie gerichtet: Sie haben am Schluß Ihres Wortbeitrages eben - ich muß es noch einmal nachlesen, deshalb bitte ich um Nachsicht, wenn ich es jetzt vielleicht nicht wörtlich im Ohr habe - von der Möglichkeit gesprochen, Garzweiler I im Übergang zu Garzweiler II ein Wasserrecht zu gewähren ...

(Ministerin Bärbel Höhn: Das gibt es schon!)

- Ja, ich weiß, Verzeihung. Ich weiß gerade an solchen Punkten, wovon ich rede!

(Lachen bei der CDU)

... von zehn Jahren. Ich bitte Sie herzlich, weil ich das als Möglichkeit der Zweiteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis verstanden habe,

(Ministerin Bärbel Höhn: Habe ich nicht gesagt!)

B) daß jedenfalls diese Unklarheit heute noch in dieser Debatte durch eine entsprechende Interpretation Ihrerseits verschwindet, denn sonst kommt zu dem ganzen, was wir an Verwirrung schon haben, noch eine Verwirrung dazu. Das sollten wir uns wechselseitig ersparen.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion Kollege Meyer.

**Laurenz Meyer (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern in der Debatte saß Minister Clement da.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wo ist er eigentlich?)

Als wir über die Frage sprachen, ob in dieser verfahrenen Lage, in der offensichtlich ein Teil des Parlaments und die Landesregierung versuchen, den Tagebau Garzweiler II über die Bundestagswahl hinauszuschieben und dadurch kaputtzumachen, der Ministerpräsident selbst damit gedroht habe zurückzutreten, um die Leute wieder in den Griff zu kriegen, die vielleicht eine andere Mei-

nung hatten, redete Herr Matthiesen von "blankem Unsinn". (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich?)

- Entschuldigung, Herr Matthiesen, Herr Clement. Heute können wir überall nachlesen, daß die Kollegen aus der SPD-Fraktion bestätigen, daß Rau hier gesagt hat: "Dann gehe ich." Was ist das denn anderes als die Tatsache, daß er mit seinem Rücktritt für den Fall droht, daß die Kollegen nicht mehr spüren?

(Beifall bei der CDU)

Was ist das denn anderes?

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, Herr Kasperek! Wissen Sie, was bei Ihnen los ist? Ein großer Teil Ihrer Fraktion hat in Wirklichkeit Rot-Grün lieber als eine Regierung der SPD alleine. Das ist die Situation, in der Sie sich befinden.

(Beifall bei der CDU)

Dann hören wir von vernünftigen Kollegen, was hier eigentlich für ein Murks gemacht wird.

Was Herr Rau den Kollegen damit sagen wollte - ich möchte es auf den Punkt bringen -, ist im Klartext: Der Erhalt der Koalition ist mir allemal wichtiger als Garzweiler II. Soll er doch endlich zu seiner Verantwortung für das Land und die Industriearbeiter in diesem Land stehen und sich dafür einsetzen! (D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Unerträglich!)

- Ja, ja, meine Damen und Herren. Das, was hier zum Ausdruck kommt, auch bei dem, was Frau Höhn machen will, ist, daß alle anderen, die vorher --- Herr Matthiesen hat es eben mit den vielen Gutachten, die gemacht worden sind, ausgedrückt. Er hätte noch hinzufügen können, daß nach meinem Kenntnisstand seit Sommer diesen Jahres die Genehmigung auch der oberen Wasserbehörde beim zuständigen RP in Düsseldorf vorliegt.

Auch der oberen Wasserbehörde wird man nicht automatisch unterstellen können, daß sie sich das etwa leicht gemacht hat und ohne Kenntnis über den Sachverhalt eine solche Zustimmung gegeben hat.

Nein, Frau Höhn erklärt schlicht alle, die sich vorher damit beschäftigt haben, für doof

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja!)

(Laurenz Meyer [CDU])

- (A) und meint, sie allein sei mit dem Schaumlöffel der Weisheit gefüttert worden und könne jetzt mit zusätzlichen Gutachten, die sie in Auftrag gibt, das Verfahren beeinflussen. Frau Höhn, schämen Sie sich eigentlich nicht, hier allen Ernstes zu sagen, daß Sie das Verfahren beschleunigen wollten?

(Beifall bei der CDU)

Schämen Sie sich nicht wenigstens gegenüber den Betroffenen?

(Ministerin Bärbel Höhn: Unglaublich!)

Herr Minister Clement versucht seit der Sitzung des SPD-Parteivorstandes, in dem er offensichtlich mit seiner Meinung keine Mehrheit mehr gefunden hat, die wasserrechtliche Erlaubnis zu überhöhen,

(Lothar Hegemann [CDU]: Das war ein Fehler!)

um den GRÜNEN eine Gelegenheit zu geben, über ihren Parteitag zu kommen.

Meine Damen und Herren, mit solchen Bemerkungen soll den GRÜNEN Sand in die Augen gestreut werden. Es war sicher auch richtig, weil sich das, was als Futter für die GRÜNEN gedacht war, inzwischen als Bumerang bei den Arbeitnehmern vor Ort herausgestellt hat, so daß Herr Matthiesen eben erklärt hat: Wieso denn eigentlich, und welche Bedeutung hat der Rahmenbetriebsplan in diesem Zusammenhang?

(B)

Meine Damen und Herren, im Klartext bedeutet das: Frau Höhn kann die wasserrechtliche Erlaubnis kaum noch verhindern, wenn der Rahmenbetriebsplan genehmigt ist. Sie kann sie nur noch so lange verzögern, bis dem Betreiber die Luft ausgeht und der Anschlußbergbau an Garzweiler I nicht mehr möglich ist. Das ist das wahre Ziel dessen, was heute beschlossen werden soll.

(Beifall bei der CDU)

Herr Matthiesen, damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich unterstelle Ihnen wirklich lautere Absichten, was Garzweiler II angeht. Wir müssen aber ehrlich miteinander umgehen. Bei Ihnen gehen inzwischen alle davon aus - Sie wahrscheinlich auch, sonst müssen Sie es hier anders erklären -, daß dieses Projekt und die wasserrechtliche Erlaubnis über die Bundestagswahl geschoben werden sollen. Der einzige Unterschied ist, daß ein Teil Ihrer Fraktion versucht, daß die Arbeitnehmer vor Ort und im Ruhrgebiet nach Mög-

lichkeit die Konsequenz, daß Garzweiler II dann tot ist, nicht merken sollen. (C)

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Halten Sie uns für blöd?)

Das ist in Wahrheit der einzige wesentliche Unterschied, sonst müssen Sie heute anders reagieren und dürfen diese 2 Millionen DM nicht genehmigen.

(Beifall bei der CDU)

Damit wir uns auch wirklich darüber klar sind, was Kollege Linssen eben gesagt hat, Sie haben sich dagegen verwahrt ---

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Herr Kollege!

**Laurenz Meyer (CDU):** - Ja, ich bin fertig.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe schon manches erlebt, Herr Kollege Matthiesen, auch in meiner Eigenschaft in der eigenen Partei an Sponsoring für Parteitage. Mit der Zustimmung, diese 2 Millionen DM zu genehmigen, soll die Meinung der GRÜNEN auf dem Parteitag von der Landesregierung beeinflusst werden und ihnen signalisiert werden: Ihr habt es in der Hand zu verzögern. (D)

(Kopfschütteln, Heiterkeit und Zurufe von den GRÜNEN - Brigitte Speth [SPD]: Sie bringen uns auf ganz neue Gedanken!)

Ich sage es Ihnen im Klartext: Ich habe noch nirgendwo gehört, daß eine Landesregierung mit 2 Millionen DM öffentlicher Mittel - Geld des Steuerzahlers - beabsichtigt, in einer so wichtigen Angelegenheit einen ganzen Parteitag zu kaufen. Um diese Wahrheit geht es!

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit und Zurufe von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Matthiesen das Wort.

**Klaus Matthiesen (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, wenn die Ministerin gleich noch das Wort ergreifen will, was sie angedeutet hat. Ich wollte nur gerne unmittelbar auf Herrn Meyer reagieren, weil das nicht so stehenbleiben kann.

(Klaus Matthiesen [SPD])

- A)** Unabhängig davon, wie wir die Erklärung der Frau Ministerin bewerten, stelle ich für meine Person fest, daß die Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden, wenn auch von einer etwas anderen Position herrührend, der sachlich begründbare Versuch war, darauf sachlich zu reagieren. Was ich im übrigen in dieser Debatte gehört habe, hat mit der sachlichen Aufarbeitung dieses Problems nichts zu tun, sondern ist der Beginn einer gewollten politischen Schlammschlacht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Herr Kollege Meyer, ich will Ihnen an einem Punkt meine Meinung deutlich machen; das soll es dann aus meiner Sicht gewesen sein. Wenn Sie hier dem Ministerpräsidenten, der wie kein anderer in seinem Leben, in seinem politischen Wirken in Nordrhein-Westfalen auch und vor allen Dingen geprägt worden ist durch Kooperation mit den Bergleuten und der wie kaum ein anderer

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

als Ministerpräsident dieses Kohlelandes nie einen Zweifel hat aufkommen lassen,

(Laurenz Meyer [CDU]: Warum macht er das denn?)

- B)** daß er an der Seite unserer Bergleute in der Stein- und Braunkohle steht und dies durch viele Handlungen nachgewiesen hat, wenn Sie ihm unterstellen - und das haben Sie getan, deshalb habe ich mich gemeldet -, daß ihm "der Erhalt der Koalition offenbar wichtiger sei als Garzweiler II", so wörtlich von Ihnen,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Ihr Beifall bestätigt das und macht es ja noch schlimmer -, dann sage ich Ihnen: Solange Sie das nicht zurücknehmen, sind Sie in meinen Augen ein politisch motivierter Rufmörder! Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Das meinen Sie aber nicht ernst? - Weitere Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Höhn das Wort.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:** Meine Damen und Herren, ich habe eben etwas über die Wasserrecht-

liche Erlaubnis von Rheinbraun gesagt. Alle, die das nachlesen wollen, können sehen, daß das sehr deutlich und klar war. Ich möchte es aber für alle einmal wiederholen. Rheinbraun hat schon jetzt eine Wasserrechtliche Erlaubnis, die aus der Genehmigung von Garzweiler I resultiert und bis ins Jahr 2010 reicht. **(C)**

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Was heißt das, denn? - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke)

- Das bedeutet: Rheinbraun ist bis zum Jahre 2010 alles gestattet, was mit einer Wasserrechtlichen Erlaubnis verbunden ist.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Bei Garzweiler II? - Weitere Zurufe von der CDU)

Worüber wir reden, Herr Linssen - wenn Sie in die Akten schauen würden -, ist ein Genehmigungsverfahren Garzweiler I/Garzweiler II. Das ist ein verbundenes Verfahren.

Jetzt zu Ihnen, Herr Meyer! Wenn Sie vorhin gefragt haben, ob ich mich hier nicht für irgend etwas zu schämen habe, dann sage ich Ihnen deutlich und klar: Es geht um die korrekte Abwicklung eines Verfahrens, und für die korrekte Abwicklung eines Verfahrens habe ich keinen Grund, mich hier zu schämen, meine Damen und Herren! **(D)**

(Beifall bei den GRÜNEN - Hans Peter Lindlar [CDU]: Was?)

- Ich habe keinen Grund, mich zu schämen, wenn ich ein Verfahren korrekt abwickle.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Zum Schluß, Herr Linssen: Sie haben eben versucht, die Bergleute gegen diese Landesregierung aufzuhetzen. Dazu sage ich Ihnen eines: Ich wohne in einem Bergbauggebiet; ich wohne neben Steinkohlenbergleuten. Braunkohlenbergleute oder Steinkohlenbergleute, wer auch immer, werden sich von Ihnen, Herr Linssen, nicht aufhetzen lassen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren! Zu dem Bereich "Umwelt und Raumordnung" liegen mir zur Zeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich kann dann diesen Teil der Beratung abschließen.

Wir kommen zu

(Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(A) **b) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz**

Ich erteile als erstem Redner Herr Kollegen Kruse für die Fraktion der CDU das Wort.

(Allgemeine Unruhe - Glocke)

**Heinrich Kruse** (Bocholt) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, daß jetzt allgemeine Aufbruchstimmung herrscht: Es ist Mittagszeit. Aber ich weise darauf hin, daß ich auch zum Thema "Ernährung" etwas sagen werde.

(Lebhafte Heiterkeit)

Auch da gehören ja Theorie und Praxis sehr eng zueinander.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Beginn der rot-grünen Koalition haben wir eine Ministerin, die durch den ständigen Hinweis auf Verantwortlichkeiten in Bonn und Brüssel sich selbst überflüssig macht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Heute will ich einmal Ihre Verantwortung für diesen Politikbereich, den Sie vertreten, auf den Prüfstand stellen, nämlich Teil zwei: Fortsetzung dessen, was wir gerade hier gehört und gesehen haben. Genau dies ist unsere Aufgabe, wobei sich die CDU nie gescheut hat und sich nicht scheut, auch Kritik an Bonn und Brüssel zu üben, wenn es nötig ist.

Warum es allerdings einen weitverbreiteten Unmut, ja, jetzt sogar Empörung im Lande über Ihre Politik, Frau Höhn, gibt, das will ich einmal an einigen konkreten Beispielen darstellen.

Beispiel: FFH, "Flora-Fauna-Habitat". Hier haben Sie eiskalt über die Köpfe der Landwirte und der Grundstückseigentümer hinweg geplant. Das Kooperationsprinzip wurde im erstbesten Biotop - sagen wir lieber: Ideologiesumpf - versenkt.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion hat, als sie den Unmut im Lande spürte, nur reine Kosmetik mit ihrem Fraktionsbeschuß betrieben. Der daraufhin konsequenterweise notwendige gemeinsame Antrag der Koalition blieb aus Gründen des Koalitionsfriedens aus.

(Beifall bei der CDU)

"Doppelstrategie" nennt man das wohl oder auch, "den Leuten ein Tuch vor die Augen binden".

Die CDU will Naturschutz auf der Basis des Miteinander und der Freiwilligkeit. Sie will Kooperation mit Land- und Forstwirten. Sie will gesetzlich geregelten Ausgleich.

Beispiel: Unterhaltung Gewässer zweiter Ordnung. Sie haben die Landeszuschüsse in den vergangenen Jahren von 30 auf 15 Millionen DM halbiert. Damit belasten Sie die Grundstückseigentümer ungerechterweise mit immer höheren Beiträgen. Oder wollen Sie etwa auf kaltem Wege die flächendeckende Extensivierung?

Die CDU will hier einen gerechten Ausgleich und hat deshalb 10 Millionen DM bereitgestellt, und zwar aus den Ausgaberesten der Abwasserabgabe - und das ist ein seriöser Vorschlag!

Beispiel: Kontrollverbände im Tierzuchtbereich. Hier haben Sie durch den Haushaltsansatz die Verbände in den Würgegriff genommen.

Die CDU will die Ansätze der vergangenen Jahre halten, damit diese Verbände ihre gute Arbeit fortsetzen können. Aber scheinbar ist ja hier im Moment noch mehr Garzweiler II das Thema. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Frau Ministerin, wenn Sie einmal zuhören würden.

(Beifall bei der CDU)

Beispiel: regionale Vermarktung. Sie propagieren die regionale Vermarktung mit Nahrungsmitteln aus heimischer Produktion, wissen dabei, daß längst nicht alle Menschen in Nordrhein-Westfalen damit satt werden, tun aber nichts für die notwendige Produktionserhöhung; im Gegenteil: Die Extensivierung ist Ihr grünes Lieblingskind, und damit lassen Sie zu, daß Nahrungsmittel auf internationalen Märkten knapper werden. Ich sage: Diese Politik ist nicht moralisch!

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]: Ungeheuerlich!)

Beispiel: Förderung. Die CDU ist für eine Förderung wettbewerbsfähiger Betriebe, damit bestens ausgebildete Landwirte umweltfreundlich intensiv wirtschaften und somit die Marktanteile in NRW erhöhen. Diese Politik ist für die Menschen in NRW insgesamt gut.

Sie wiederum fördern nur die Bereiche, die Ihr grünes Herz höherschlagen lassen. Es ist eine Politik der "Emotion pur", allerdings häufig ohne

(Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

- A) Sachverstand. Gefordert ist aber eine Politik mit Herz und Verstand.

Beispiel: Forstpolitik. Sie wissen, daß in den Wäldern unseres Landes wesentlich mehr Holz wächst, als geerntet wird. Sie wissen, daß die Waldbauern, auch die kommunalen Waldbesitzer, große finanzielle Sorgen haben, den Wald zu pflegen und zu durchforsten, da die Holzpreise miserabel sind.

Es ist dringend an der Zeit, etwas für den Absatz zu tun. Tun Sie deswegen endlich etwas für den Bau eines Zellstoffwerkes in NRW, und blockieren Sie es nicht weiter;

(Beifall bei der CDU)

denn mit dem Bau fördern wir gleichzeitig Arbeitsplätze, entlasten die Umwelt und verringern den Import von Papier und Zellstoff.

Meine Damen und Herren, mittlerweile wird klar, warum die grüne Fraktion für eine weitestgehende Abschaffung von Noten ist: Sie hat Angst vor der Zensur der bisherigen eigenen "Leistung".

(Beifall bei der CDU)

- B) Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns auch einmal mit der SPD beschäftigen. Was macht die SPD im gesamten Feld "Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz"? Sie hat sich ausgeklinkt, jegliche Selbständigkeit aufgegeben und überläßt häufig dem grünen Sprecher das Feld. Vor der Landtagswahl haben Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Matthiesen - im Moment ist er nicht anwesend; ich spreche ihn trotzdem an -, das Programm "Agrar 2000" vorgelegt. Zur Mitte der Wahlperiode ist dieser Werbetrick von Matthiesen längst als Schwindel entlarvt. Aber wie sagte ein englischer Dramatiker bereits vor Jahrzehnten: Wer ein schlechtes Gedächtnis hat, spart sich viele Gewissensbisse.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Grenzen zwischen SPD und GRÜNEN, meine Damen und Herren, sind auch hier ebenso fließend, wie sie fließend sind zwischen grüner Fraktion und Umweltministerium - spätestens, seitdem Herrn Martsch sich mit der Dienstkarosse der Landesregierung fahren läßt.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Ausgerechnet dieser hat in einer Ausschußsitzung vor kurzem ein sehr eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie abgelegt mit den Worten: Wir brauchen euch von der CDU überhaupt nicht.

- (C) Ich muß einen weiteren Punkt ansprechen. Besondere Beachtung findet auch die grüne Personalpolitik, seitdem Frau Höhn Ministerin ist. Überschrift: Die grüne Gesinnung und das Parteibuch sind wichtigste Kriterien. Hierbei übertrifft sie - das ist schon sensationell genug - selbst die SPD im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Da wird kalt versucht, einen grünen Starkstromelektriker - ich bitte um Verzeihung -, einen Starkstromelektriker, der für die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag saß, zum Leiter des Landesamtes für Ernährung zu machen. Da werden 110 nach den Vorschriften des Kammergesetzes demokratisch gewählte Mitglieder der Hauptversammlung der Kammer in Münster von Ihnen "verhöhnepiepelt", indem Sie die einstimmige Wahl des Kammerdirektors verhindern wollen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind sich in der Beurteilung des Kandidaten einig. Das ist grüne Basisdemokratie pur. Sie akzeptieren demokratische Entscheidungen nur so lange, wie man in Ihrem Sinne parteipolitisch entscheidet.

(Beifall bei der CDU)

- (D) Dazu fällt mir nur Mark Twain ein, der sagt: Wir lieben Menschen, die frei heraus sagen, was sie denken, sofern sie genauso denken wie wir. Aber glauben Sie mir, Frau Höhn: Westfälische Delegierte sind keine Weicheier und haben eine andere Qualität als grüne Düsseldorfer Betonköpfe.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es anders wäre, müßte die Hauptversammlung der Kammer in Münster umbenannt werden in "Bärbels Marionettentheater". Im Umgang mit Menschen, die sich als qualifizierte und untadelige Bewerber einer Wahl stellen, haben Sie Ihre grüne Maske fallen lassen, haben Neidkomplexe geschürt, indem Sie auf angeblich nicht zu akzeptierende Gehaltssprünge von 7500 auf 10 500 DM hingewiesen haben. Habe ich etwa überhört, daß Sie sich vor zweieinhalb Jahren gegen Ihren Gehaltssprung gewehrt haben, der im übrigen sehr viel üppiger war?

(Zuruf von der CDU)

Sie sprechen schlankweg dem Bewerber die Qualifikation ab. Nachdem Sie damit in Beweisnot gerieten, schieben Sie nach, Sie hätten kein Vertrauen. Es ist an der Zeit, Frau Ministerin, sich zu entschuldigen, und zwar hier und heute.

(Beifall bei der CDU)

(Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

- (A) Gleichzeitig will die Ministerin das Selbstverwaltungsgremium auf ihre Linie pressen, indem sie droht, den Kammerhaushalt nicht zu akzeptieren, wenn den Ehrenamtlichen eine angemessene Aufwandsentschädigung zukommen würde.

(Ministerin Bärbel Höhn: 70 Prozent Erhöhung! Dafür sind Sie, Herr Kruse!)

- Ich will Ihnen einmal ganz ehrlich sagen: Das ist, Frau Ministerin, wie beim Zahnarzt. Wenn es auch wehtut, es muß sein. Seien Sie mal tapfer, und hören Sie gut zu!

(Beifall bei der CDU - Ministerin Bärbel Höhn: Ungeheuerlich!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie ehrenamtlichen Kammermitgliedern, die einen ganzen Tag lang ihren Betrieb allein lassen, die sich eine Aushilfskraft beschaffen müssen, 100 DM als Aufwandsentschädigung für den Tag versagen wollen, dann halte ich das für einen Skandal.

(Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

Ich sage Ihnen, Frau Höhn: Wasser predigen und selber Beerenauslese trinken, das paßt nicht zusammen!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Ich bedaure außerordentlich, daß Herr Matthiesen als Ihr Vorgänger im Moment nicht im Saal ist. Er hat natürlich wieder den Koalitionsfrieden in Gefahr gebracht. Ich kann ja verstehen, daß wieder alle möglichen Krisensitzungen danach folgen. Ich möchte ihn aber trotzdem einmal ganz persönlich und direkt ansprechen. Er hat nämlich genau vor Jahresfrist auf der Hauptversammlung der Kammer in Münster anläßlich einer ihm zugedachten Ehrung wörtlich gesagt: Wann immer Sie mich brauchen, ich unterstütze Sie. Ich fordere Herrn Matthiesen auf: Schreiten Sie an dieser Stelle ein!

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident Dr. Rau hat vor Jahren das Motto kreiert: Versöhnen statt spalten. Sollte es noch aktuell sein, Herr Ministerpräsident --- Er ist nicht da. Ich möchte gern den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Vesper, ansprechen. Das wäre ja auch für ihn ein Thema. Er ist auch nicht da. Sie können das im Protokoll nachlesen.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich fordere Herrn Dr. Rau auf: Ziehen Sie das Thema an sich, auch unter dem Motto: Versöh-

nen statt spalten, und beenden Sie das unwürdige Vorgehen dieser Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Ende. Wenn sich jemand verrechnet, dann ist das ein Fehler, der Konsequenzen haben kann. Wenn sich eine Mathematikerin verrechnet, ist das ungewöhnlich; gegebenenfalls kann das großen Schaden anrichten. Wenn aber eine Mathematikerin Ministerin ist und eine solche Politik macht, kann ich nur sagen: Der erste Schaden ist der beste. - Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse.

Ich möchte Herrn Kollegen Kruse und auch das Parlament darauf hinweisen, daß der Ministerpräsident erkrankt ist und daß man diese Tatsache nicht immer wieder neu heranziehen sollte.

(Zuruf von der CDU: Er ist doch sonst auch nicht da! - Gegenruf Loke Mernizka [SPD]: Ihr sitzt doch auch lange in der Kaffeeklappel!)

- Entschuldigung, ich habe Ihnen eine Information zukommen zu lassen, und ich bitte Sie auch, bei den zukünftigen Redebeiträgen das mit zu berücksichtigen. Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit unter uns.

Das Wort hat Herr Kollege Steinkühler, SPD-Fraktion.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten wenigen noch anwesenden Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU)

- Ich meine das allgemein. Ich habe gar nicht nur euch gemeint.

Herr Kollege Kruse, Sie haben ja ein buntes Sammelsurium hier vorgetragen, natürlich mit innerer Erregung. Das hat man gemerkt. Aber wenn Sie einmal nachgucken, was insbesondere die Förderung angeht, und die Prozentzahlen danebenlegen, dann werden Sie merken, wo denn das meiste Geld hinfließt. Aber ich will versuchen, hier ein bißchen Ruhe hineinzubekommen, meine Damen und Herren.

(Horst Steinkühler [SPD])

A) Auf der alljährlich stattfindenden internationalen Grünen Woche in Berlin gibt es eine Gemeinschaftsschau aller Bundesländer mit dem Titel: Leben auf dem Land. Das Land Nordrhein-Westfalen präsentiert sich dort in aller Regel mit beispielhaften Maßnahmen der Dorferneuerung, einem Förderprogramm, das für den ländlichen Raum von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Weil im Januar nächsten Jahres der Kreis Lippe das Land NRW im Rahmen dieser Gemeinschaftsschau repräsentiert, habe ich mir einmal das Fördervolumen der letzten 15 Jahre für die Dorferneuerungsmaßnahmen im Kreis Lippe zusammenstellen lassen. Obwohl der Kreis Lippe auf diesem Gebiet nicht gerade Spitzenreiter im Lande ist, machen die Zahlen dennoch deutlich, welche wirtschaftliche Bedeutung dieses Förderprogramm für den ländlichen Raum hat. So wurden nach meiner Aufstellung in den vergangenen 15 Jahren 721 Maßnahmen mit rund 18,15 Millionen DM gefördert.

Das hierdurch ausgelöste Investitionsvolumen belief sich auf rund 45,5 Millionen DM. Das heißt: Jede Mark, die wir in diesem Förderprogramm ausgeben, löst 2,50 DM bis 3,00 DM Investitionssumme aus. Das sind Zahlen, die nicht nur für den Kreis Lippe gelten. Ich habe mir vergleichsweise die Zahlen des Kreises Mindener-Lübbecke geben lassen. Sie untermauern diese Feststellung.

Im Haushalt ist leider auch der Bereich der Dorferneuerung nicht von Kürzungen verschont geblieben. Das ist - das will ich ausdrücklich betonen - nicht eine Folge der notwendigen Haushaltsoperationen hier im Lande, sondern es handelt sich um eine Konsequenz aus den Streichungen des Bundes im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe und damit im Bereich der Mittel für den ländlichen Raum.

Wie schon in den vergangenen Jahren ist auch für das Jahr 1998 ein weiterer durchaus dramatisch zu nennender Rückgang der Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe zu beklagen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß es zu Beginn des Jahres 1997 - damals hatten wir alle an einem Strick gezogen, Herr Kollege Uhlenberg - nur knapp gelungen ist, die vollständige Streichung der Bundesmittel für die Verbesserung der Agrarstruktur und den Küstenschutz zu verhindern.

Heute wird übrigens im Bund immer noch über die Möglichkeit eines Nachtrages für das Jahr

1997 verhandelt. Angesichts der katastrophalen, in gewichtigen Teilen auch selbstverschuldeten Haushaltssituation des Bundes ist es nicht auszuschließen, daß es im Laufe der nächsten Jahre zu weiteren Streichungen im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe kommen wird.

Da ich gerade bei dem Thema "Gemeinschaftsaufgabe" bin, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Die eben erwähnten Kürzungen der Bundeszuweisungen waren der Grund dafür, daß wir Ihrem Antrag auf Erhöhung der Fördermittel für die Kontrollringe nicht zustimmen konnten.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Da gibt es doch Erhöhungsanträge in anderen Bereichen!)

- Wir konnten dem jedenfalls nicht zustimmen. - Da die Titel aber gegenseitig deckungsfähig sind, gehe ich davon aus, Frau Ministerin, daß im Rahmen des Haushaltsvollzuges darauf geachtet wird, daß die Kontrollringe eben nicht den Gang zum Konkursrichter antreten müssen, wie ja in manchen Schreiben befürchtet wird.

Was den zweiten Antrag auf Erhöhung betrifft, nämlich die Verwendung von Mitteln der Abwasserabgabe für die Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung, so könnte man sich mit einem solchen Antrag durchaus anfreunden, Herr Uhlenberg: Könnte man. Aber wie Sie wissen, stehen einer solchen Mittelverwendung rechtliche Bedenken entgegen.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist geprüft?)

Deshalb und nur deshalb konnten wir auch diesem Antrag nicht zustimmen.

Nun zurück zur Dorferneuerung! Ungeachtet der zu befürchtenden weiteren Kürzungen bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung darum, im Bereich der Dorferneuerung zu prüfen, ob nicht eine Ausweitung der Fördertatbestände möglich und angezeigt erscheint.

In unseren Gesprächen mit den Kommunen und mit den Mitarbeitern der Ämter für Agrarordnung, die für den Vollzug des Programms zuständig sind, hat sich herausgestellt, daß Nordrhein-Westfalen bei der Dorferneuerung in einzelnen Punkten restriktiver fördert als andere Bundesländer. Ich will nicht einer Erhöhung der Mittel auf diesem Feld das Wort reden. Bei der Frage der Förderwürdigkeit einzelner Vorhaben sollte aber zumindest der Rahmen ausgeschöpft werden, den die Bundesvorgaben zulassen. Es muß unbefriedi-

(C)

(D)

(Horst Steinkühler [SPD])

- (A) gend bleiben, wenn soziale und Infrastrukturmaßnahmen und -einrichtungen in unseren Dörfern nicht gefördert werden können, weil sich einzelne Bestandteile eines integrierten Konzeptes nicht in die Förderrichtlinien des Landes einfügen.

Darüber hinaus regen wir an, einmal mit dem Bund zu klären, ob nicht in einigen Modellversuchen auch Konzepte gefördert werden könnten, die sich in einzelnen Teilbereichen sogar außerhalb der Vorgaben des Bundes für die Gemeinschaftsaufgabe bewegen. Ich denke hier etwa an Projekte, die im Rahmen der Expo 2000 und im Zusammenhang mit der Regionale in Ostwestfalen-Lippe gefördert werden sollen.

(Ministerin Bärbel Höhn: Wo sollen wir das Geld hernehmen?)

Herr Kruse hat eben schon mit wenigen Sätzen die Problematik der Forstpolitik und die Probleme des Waldes angesprochen. Am Dienstag dieser Woche, also vorgestern, hat sich der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz mit der Auswertung einer Delegationsreise nach Finnland beschäftigt. Diese Reise diente dem Zweck, dort Erkenntnisse über den technischen und organisatorischen Stand der Forst- und Holzwirtschaft in Finnland zu sammeln.

- (B) Dies wiederum war Ausfluß unserer Beschäftigung mit dem Landeswaldbericht der Landesregierung, der erneut auf die hier im Landtag schon mehrfach beklagten Absatzprobleme für Schwachholz aus unseren Wäldern hingewiesen hat. Ein Absatzmarkt für Schwachholz ist unverzichtbar, wenn wir denn nachhaltige Wald- und Forstwirtschaft betreiben wollen. Konkreter Anlaß für unsere Reise waren ein Gutachten aus dem Jahre 1995 und der Erfahrungsbericht über eine Delegationsreise der Ministerien für Umwelt und für Wirtschaft im vergangenen Herbst nach Finnland.

Das Gutachten und der Bericht der Landesregierung beschäftigen sich mit der Frage, wie die Chance für die vom Landtag bereits mehrfach einvernehmlich geforderte Ansiedlung eines Zellstoffwerkes zu beurteilen ist. Beide Ausarbeitungen beweisen, daß in Nordrhein-Westfalen und in angrenzenden Gebieten nicht nur der notwendige Rohstoff in ausreichender Menge verfügbar ist bzw. gemacht werden kann, sondern daß hier vor Ort in der Papierindustrie auch die Absatzmöglichkeiten gegeben sind. Die Delegationsreise des Ausschusses hatte zum Ergebnis, daß bei Anwendung modernster Technologien auch die Um-

weltauswirkungen in einem akzeptablen Rahmen bleiben. (C)

Als vorläufiges Fazit kann man festhalten: Es kommt jetzt darauf an, daß die notwendigen politischen Signale gegeben und die erforderlichen Schritte eingeleitet werden, um einen Investor für einen bestimmten Standort zu suchen und gleichzeitig auf der Seite der Waldbesitzer eine entsprechende Lieferlogistik aufzubauen. Das ist naturgemäß eine Aufgabe der Landesregierung, und zwar der Wirtschaftsförderung, sowie des Waldbauernverbandes. Der Landtag sollte und wird diesen Prozeß begleiten. Erste Kontakte zwischen den betroffenen Ausschüssen, nämlich für Wirtschaft, für Umwelt und für Forsten, hat es gestern am Rande es Plenums bereits gegeben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat als unmittelbare Konsequenz aus dem Landeswaldbericht und aus den Erkenntnissen der Delegationsreise nach Finnland für den Haushalt 1998 vorgeschlagen, Mittel für Gutachten zur Standortfindung ebenso einzustellen wie einen millionenstarken Betrag zur Förderung kleinerer Blockheizkraftwerke, in denen Holz energetisch verwertet werden soll. Es hat bei den Koalitionsgesprächen über den Haushalt ein paar Irritationen über diesen Punkt gegeben, weil damit falsche Begriffe vermengt worden sind. Die Landesregierung hat diese Mittel aber in der Ergänzungsvorlage vollständig übernommen. (D)

Wir gehen davon aus, daß es jetzt zügig weitergeht und der Wirtschaftsminister als zuständiger Minister für die Ansiedlung eines Industrieobjektes dieser Größe in enger Abstimmung - ich betone: in enger Abstimmung - mit der für Umwelt, Raumordnung und Forstpolitik zuständigen Ministerin die jetzt notwendigen Schritte mit hoher Priorität vorantreiben wird.

Dabei regen wir an zu prüfen, ob für eine Standortuntersuchung auch im Einzelplan 08 entsprechende Mittel gefunden werden könnten. Dann könnten nämlich die im Einzelplan 10 etatisierten Gelder für ein Gutachten verwendet werden, das in enger Abstimmung mit dem Waldbauernverband die Frage des Aufbaus einer leistungsfähigen und belastbaren Lieferorganisation prüft, die eine regelmäßige Anlieferung der Rohstoffe Schwachholz sowie Sägespäne und Hackschnitzel für ein Zellstoffwerk sicherstellen kann.

Die SPD-Fraktion wird dem Einzelplan 10 zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Steinkühler. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Mackenthun.

Silke Mackenthun (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kruse, das war schon lustig: Statt zum Haushalt Stellung zu nehmen, haben Sie versucht, heute einen lustigen Rundumschlag zu bringen. Doch wie auch Worte zur Ernährung den Magen nicht satt machen - das zeigt übrigens auch die Zahl der Abgeordneten hier im Plenarsaal -, konnte auch Ihr Rundumschlag nicht verletzen, sondern in der Tat nur zu Amüsement führen. Das, was Sie gebracht haben, waren nette Anekdoten, leider aber wenig Sachliches.

Sie sprachen unter anderem von der regionalen Vermarktung, was das eigentlich sollte, wir sollten die Produktion anheizen. - Ich sage Ihnen: Die Produktion anzuhetzen, ist die eine Sache, für den Markt zu sorgen, eine andere. Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen riesigen Markt direkt vor unserer Nase und wären mit dem Klammerbeutel gepudert, würden wir nicht versuchen, diesen Markt - soweit es geht - zu nutzen. Nur bedeutet das, daß wir eben für die Vermarktungsmöglichkeiten sorgen müssen. Das Programm zur regionalen Vermarktung versucht genau das.

Wie schon Herr Steinkühler vor mir möchte auch ich versuchen, zur Versachlichung der gesamten Debatte beizutragen und mich insofern - anders als mein Kollege von der CDU - auf den Haushalt beziehen. Auch Herr Steinkühler hat es bereits erwähnt: Der 98er Haushalt ist von einer deutlichen Absenkung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe geprägt. Allein 1997 hatten wir schon 23 Millionen DM weniger. Dieser Trend setzt sich fort. Das bedeutet eine starke Einschränkung im Verteilungsspielraum. Der Kampf um die letzte Mark hat endgültig begonnen. Das können wir auch im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1998, den die Landesregierung vorgelegt hat und den wir in den letzten Wochen beraten haben, sehen.

Vor dem Hintergrund des Verteilungskampfes kommt Sonderprogrammen wie z. B. dem der artgerechten Tierhaltung oder einer markt- und standortangepaßten Landbewirtschaftung eine immer größere Bedeutung zu. Unsere Aufgabe ist es, trotz der angespannten Lage und des Bonner Rückzugs aus der Agrarförderung eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu ermögli-

chen. Das bedeutet: Vielen Betrieben - für mich: möglichst allen! - eine Chance zur Existenz einzuräumen. Das heißt aber eben auch, auf die Nachfrage des Marktes zu reagieren, das Verbraucherbewußtsein wahrzunehmen. Denn die Verbraucher zeigen uns immer stärker, daß sie gerade nach ökologischen Dienstleistungen eine Nachfrage haben. Wenn wir uns nicht daran orientieren, werden wir die Chancen der Zukunft mit Sicherheit nicht nutzen.

Der Förderbedarf ist in den letzten Jahren gestiegen. Das können wir sehr stark an dem erheblich intensivierten Abruf der Mittel der einzelnen Förderprogramme spüren. Die Programme, die in den letzten Jahren entwickelt worden sind, werden angenommen. Das bedeutet, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden.

Angesichts des Rückzugs von Bonn und Brüssel aus der Finanzierung ihrer bisherigen Logik einer Mengenförderung gewinnen lokale und regionale Märkte zunehmend an Bedeutung. Die Umorientierung des bäuerlichen Wirtschaftens auf tatsächlichen Wettbewerb müssen wir unterstützen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, das Programm zur regionalen Vermarktung genauso weiterzuführen, wie es bisher gefahren wurde. In der Ergänzungsvorlage konnte das MURL das ermöglichen. Es ist uns gelungen, wieder zum alten Ansatz zurückzukehren. Darüber bin ich sehr froh; denn inzwischen liegen etliche Anträge auch für die kommenden Jahre vor. Denn dabei handelt es sich ja nicht um ein Programm, bei dem man eben einmal ein paar hunderttausend DM für ein Jahr veranschlagt. Das Programm muß weitergeführt werden, weil sonst auch die Bemühungen der letzten Jahre für die Katz gewesen wären.

Das Programm ist thematisch breit angelegt und fördert gerade eben nicht nur die direkten Investitionen, sondern finanziert auch die Kopfarbeit, die stattfindet im Vorfeld von Investitionen, die ja nicht mehr so ganz leicht, aber für die Bauern notwendig ist, um das Risiko einer Fehlinvestition so gering wie irgend möglich zu halten.

Es ist ebenso gelungen, die Kürzung der Zuschüsse für die Öko-Anbauverbände rückgängig zu machen. Dort ist in den letzten Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Schon jetzt können wir feststellen, daß 1997 weitaus mehr Umsteller da sind als noch in den Jahren zuvor. Dieser Trend wird sich - gerade hatte ich von der angespannten Lage und der Umorientierung der Betriebe gesprochen - in den nächsten Jahren so fortset-

(C)

(D)

(Silke Mackenthun [GRÜNE])

- (A) zen. Deswegen ist gerade die Stützung und Förderung der Zuschüsse für die Öko-Anbauverbände ungemein wichtig, um diesen Prozeß möglichst kontinuierlich fortführen zu können.

Was im Bereich der Landwirtschaft insgesamt fruchtete, läßt sich auch auf andere Wirtschaftszweige übertragen. Dort, wo auf dem nicht unwesentlichen Markt Nordrhein-Westfalen eine Nachfrage nach ökologischen Dienstleistungen besteht, müssen Hilfestellungen gegeben werden, die Marktinfrastruktur zu schaffen und Chancen zum Absatz der NRW-Produkte aufzutun.

Für das Umweltressort geht es damit insofern um die Waldwirtschaft als den zweiten Bereich. Denn neben der Landwirtschaft haben wir auch die Forstwirtschaft bei uns im Umweltressort. Vergleicht man die jährlichen Zuwächse in unseren Wäldern - darauf wurde eben schon hingewiesen - mit denen anderer Länder, betrachtet man das wirtschaftlich nutzbare Potential, über das wir verfügen, schaut sich gleichzeitig dann den tatsächlich erwirtschafteten Gewinn an, wird das Handlungsfeld in der Tat deutlich: Gerade für die kleineren Waldbesitzer lohnt sich die dringend notwendige Durchforstung oftmals nicht.

- (B) Es gibt in der Tat riesige Absatzschwierigkeiten beim Schwachholz, Waldrestholz bzw. Holzhackschnitzel. Die Folgen daraus waren in den letzten Jahren stärker zu spüren: Die Flächen liegen mehr und mehr brach. Das schlagreife Holz wird zum Teil nicht mehr geschlagen. Vor allen Dingen auch der Umbau auf die Dauerwaldwirtschaft, die wir anstreben, kann so nicht in dem Maße in Gang kommen, wie wir es gewünscht haben und immer noch wünschen.

Einkommen aus ihren Wäldern können die Waldbesitzer nur noch in Ausnahmefällen erzielen. Die Ankündigung des Förderprogramms Holzwirtschaft, also das Programm zur energetischen Holznutzung, mit dem im ersten Jahr Demonstrationsanlagen von Blockheizkraftwerken auf Holzbasis gefördert werden sollen, wird - dessen bin ich mir ziemlich sicher - die Absatzchancen Nordrhein-Westfalens gerade für diese Problemhölzer entscheidend verbessern.

Von der in der Erarbeitung befindlichen Förderrichtlinie erwarten wir weitere Effekte auch für Kleinf Feuerungsanlagen. Dabei müssen wir sicherlich gewährleisten, daß das verwendete Holz auch wirklich aus NRW-Wäldern kommt. Denn nur dann kommt diese ungeheure finanzielle Anstrengung des Landes, bei der insgesamt mehr

als 8 Millionen DM aufgebracht werden, unseren Wäldern und den Waldbesitzern zugute und wird sie veranlassen, die Arbeit im Wald fortzuführen.

Wenn es uns gelingt, über dieses Programm wirklich schon 1998 Investitionen zu starten, bedeutet das ein weiteres Zuckerstückchen der NRW-Agrar- und -Forstpolitik, mit der sich die gesamte Landesregierung wird schmücken können.

Bei dem letzten Punkt in meiner Haushaltsrede komme ich zu dem einzigen Wermutstropfen. Allerdings ist es in den Verhandlungen der Koalition in den letzten Wochen gelungen, die Auswirkungen zu mildern. Ich meine den Bereich der Titelgruppe 82, Naturschutz. Vorgesehen war eine Kürzung um 9 Millionen DM. Wir wollten damit nicht leben. Verursacht wurde diese Kürzung um 9 Millionen DM durch den kurzen Durchführungszeitraum im Jahre 1996 als Folge der Haushaltssperre. Diese Kürzung würde gerade drastisch bei der zügigen Umsetzung der Landschaftsplanung, wie sie in der Koalitionsvereinbarung erwähnt worden ist, einschneiden.

Auch für den Vertragsnaturschutz und im Zusammenhang mit den gut angelaufenen Kreiskultur- landschaftsprogrammen hätten die Kürzungen fatale Auswirkungen. Mit einer Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für diese beiden Bereiche um insgesamt 2 Millionen DM hofft unsere Fraktion, den befürchteten Auswirkungen wirksam entgegenzutreten zu können.

Mit meiner Fraktion bin ich der Meinung, daß angesichts der rasanten Talfahrt - Folge des Bonner Finanzchaos - der zur Verfügung gestellten Mittel noch ein passabler Haushaltsentwurf gelungen ist, der den Anforderungen gerecht wird, die die Gesellschaft an uns gestellt hat. Deshalb stimme ich Herrn Steinkühler ohne Umschweife zu und sage, daß unsere Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen wird. - Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Kollegin Mackenthun. - Das Wort hat die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:** Meine Damen und Herren! Herr Kruse, wenn man Ihre Rede gehört hat, könnte man meinen, daß es den Bauern in diesem

(Ministerin Bärbel Höhn)

- .) Land richtig schlechtgeht. Sehen wir uns aber einmal die beiden letzten Betriebsjahre bei den Bauern an. Im ersten Betriebsjahr dieser Legislaturperiode, 1995/96, hat es eine Gewinnsteigerung von 13,6 % gegeben, was ich sehr beachtlich finde.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Bei den Milchbauern auch?)

Das hat die Bauern in Nordrhein-Westfalen weit nach vorn gebracht. Das Problem der Milchbauern ist kein Problem von Nordrhein-Westfalen. Das wissen Sie genauso wie ich. Insofern sind wir davon alle betroffen. Wir hatten in Nordrhein-Westfalen eine Steigerung der Gewinne im ersten Jahr meiner Amtszeit um 13,6 %. Im zweiten Amtsjahr hat es in Westfalen eine weitere Gewinnsteigerung von 11,4 % gegeben. Auch das finde ich sehr beachtlich.

Wenn Sie sich also hier hinstellen und sagen, den Bauern in diesem Lande ginge es so schlecht, dann muß ich sagen, daß die Zahlen dagegen sprechen. Daß es den Bauern hier gutgeht - die Kollegin Mackenthun hat darauf hingewiesen -, sehen wir daran, daß sie seit einem Jahr wieder richtig kräftig investieren wollen. Das heißt, sie wollen die Gewinne des ersten Jahres in diesem Jahr investieren.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das paßt Ihnen nicht?)

- Nein, das will ich sehr gern unterstützen.

Die Tatsache aber, daß sie jetzt investieren wollen, trifft auf die Situation, daß der Bund zwei Jahre nacheinander die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe, die Gegenfinanzierung, drastisch gekürzt hat.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Was machen Sie?)

Im Jahr 1997 wurde der Plafond um 500 Millionen DM, von 2,4 Milliarden DM auf 1,9 Milliarden DM, abgesenkt. Das war eine Kürzung der Bundesmittel um 21 % in einem Jahr. Im Haushalt 1998 werden diese Mittel noch einmal um 10 % auf 1,71 Milliarden DM gekappt. Das ist in der Tat eine Kürzung um insgesamt 30 %. Das heißt, die Bauern wollen investieren und treffen dabei auf die Situation, daß 30 % Bundesmittel weniger zur Verfügung stehen. Das ist das Problem.

(C) Diesen Antragsstau gibt es also, weil wir in der Situation, daß wegen der hohen Gewinne viel mehr Anträge gestellt werden, aber viel weniger Mittel zur Verfügung stehen, plötzlich in eine auseinanderklaffende Schere geraten sind. Darin besteht das eigentliche Problem. Es handelt sich also nicht um hausgemachte nordrhein-westfälische Probleme, sondern diese Probleme hat der Bund verursacht, weil uns die entsprechenden Bundesmittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ich will Ihnen sagen, was ich in dieser Situation gemacht habe: Ich habe zusammen mit den Vertretern der anderen alten Bundesländer versucht, diese schmerzlichen Einschnitte dahin gehend zu korrigieren, daß sie anders verteilt werden. Deshalb wird das Land Nordrhein-Westfalen vom Bund in 1998 nicht 18,3 Millionen DM, wie ursprünglich vorgesehen, sondern nur noch - das ist immer noch hart - 11,9 Millionen DM weniger zur Verfügung haben. Die Landwirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen hat also dafür gesorgt, daß den Bauern 6,4 Millionen DM an Ausfällen erspart geblieben sind. Dafür hat sie in Bonn auf der PLANAK-Sitzung gesorgt, bei der alles verteilt worden ist. Das als Beschreibung der Situation, in der wir uns in diesem Bereich jetzt in Nordrhein-Westfalen befinden.

(D) Nun zu anderen Punkten. - Ich kann nur sagen, daß die von uns aufgelegten Programme "Regionale Vermarktung" und "Ökologischer Landbau" immer mehr angenommen werden. Wir haben stets gesagt, daß wir natürlich nicht 100 % Öko-Betriebe haben wollen, wie uns immer nachgesagt wird. Wir haben aber gesagt, daß es für Öko-Produkte eine große Marktnische gibt. Wer diese Marktnische nicht nutzt, vertut Chancen für die Bauern in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung der Silke Mackenthun [GRÜNE])

Ich werde mir das nicht anlasten lassen. Aber Sie können sich das ja anlasten lassen.

Etwas sehr Wichtiges haben wir gerade auch in diesem Jahr auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes getan. Am Anfang haben wir hierbei noch aus einer Minderheitsposition heraus gekämpft. Das gilt zum Beispiel für die von mir gestellten Anträge zum Verbot von Antibiotika in Futtermitteln. Zunächst stimmte für diese Anträge Nordrhein-Westfalens im Bundesrat nur eine Minderheit. Mittlerweile bekommen wir überall

(Ministerin Bärbel Höhn)

- (A) Unterstützung und haben wir für unsere Anträge im Bundesrat Mehrheiten. Vor kurzem ist gerade durch die Weltgesundheitsorganisation unsere nordrhein-westfälische Haltung bestätigt worden.

(Zustimmung der Silke Mackenthun [GRÜNE])

Es kann nämlich kein Mensch verstehen, daß Futtermittelzusatzstoffe ohne Kontrolle gegeben werden können - der Bauer weiß ja gar nicht, was er alles verfüttert -, die nicht einmal unter ärztlicher Anleitung gegeben werden dürfen. Das heißt, ein Arzt darf diese Mittel nicht einmal gezielt geben, aber wenn ein Bauer diese unkontrolliert verfüttert, weil er es ja gar nicht weiß, da sie als Futtermittelzusatzstoffe gegeben werden, ist das legal. Das darf nicht sein. Das versteht kein Mensch. Dagegen haben wir uns mittlerweile mehrfach und mit zunehmendem Erfolg gewehrt. Insofern haben wir in Nordrhein-Westfalen für den Verbraucherschutz und für die Aufklärung in diesem Bereich eine Menge erreicht.

(Zustimmung der Silke Mackenthun [GRÜNE])

Ich glaube, damit können wir alle zufrieden sein.

- (B) Zum Naturschutz haben die Redner von SPD und GRÜNEN schon sehr gute Anmerkungen gemacht. Ziel von Landesplanung und Fachpolitik ist der Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes, die Sicherung der Schutzgebiete, die weitere Förderung von Kulturlandschaftsprogrammen, die übrigens immer mehr angenommen werden. Dieses Programm wird wirklich von den Kreisen total angenommen. So schlecht kann es demnach nicht sein, und es ist offensichtlich auch praxisnah. Wir wollen ferner eine beschleunigte Landschaftsplanung erreichen. Das Gewässerauenprogramm soll fortgesetzt werden. Ferner geht es um die Konsolidierung der biologischen Stationen und die Fortsetzung der ökologischen Sanierungsstrategie für den Emscher-Lippe-Raum durch den Emscher Landschaftspark. In diese Bereiche fließen immerhin noch beachtliche Summen. Deshalb können wir wohl auf die Arbeit im Naturschutzbereich durchaus zufrieden zurückblicken, und zwar trotz der Einschnitte, die in der Tat durch die schwierige finanzielle Lage verschmerzt werden müssen.

Ganz wichtige Bereiche, wo wir eine Verbindung von Naturschutzprogrammen zur Landwirtschaft machen wollen, sind die Einzelmaßnahmen, zum

Beispiel die Förderung der Landschaftsplanung, das Kulturlandschaftsprogramm, das Feuchtwiesenschutzprogramm, das Gewässerauenprogramm, die Kulturlandschaftsprogramme der Kreise, die Mittelgebirgsprogramme, Ackerrandstreifenprogramme, das Streuobstwiesenprogramm und die Förderung der biologischen Stationen. Wir versuchen hier gerade durch Vertragsnaturschutz, Landwirtschaft und Naturschutz zu vereinen. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Bereich, der weiterentwickelt worden ist.

Nun zur nachhaltigen und naturnahen Forstwirtschaft: Hier können wir mit dem Haushalt 1998 sehr zufrieden sein. Neben den traditionellen Programmen, die wir wieder aufgelegt haben - Maßnahmen zur Laubholzerhaltung und -vermehrung, Ästungen zur Qualitätsverbesserung des Holzes, vorbeugender Waldschutz, Einsatz von Rückepferden im Wald, Anlagegestaltung und Pflege von Sonderbiotopen im Wald -, haben wir darüber hinaus ein ganz neues Programm aufgelegt, für das wir EU-Mittel erhalten werden, ein Programm - das ist eben von den Kollegen von SPD und GRÜNEN schon gesagt worden -, mit dem Blockheizkraftwerke für die Energienutzung von Holzhackschnitzeln bezuschußt werden sollen, dezentrale Anlagen, die Wärme und Strom erzeugen, die allen dienen, den Waldbesitzern und der Umwelt, weil sie einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion erbringen.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist der der Förderung der Holzvermarktung, um den Bauern die Möglichkeit zu geben, ihr Holz abzusetzen und damit weiter an unseren Programmen "Naturnahe Waldwirtschaft" teilzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir mittlerweile wirklich in allen Bereichen, was die Landwirtschaft, den Naturschutz und den Forst angeht, gute Programme aufgelegt haben, die zunehmend funktionieren und angenommen werden. Interessant ist, daß unsere Programme, die zunächst natürlich einen Anlauf brauchten - zum Teil mußten sie von der EU notifiziert werden, was in der Regel ungefähr ein Jahr dauerte -, jetzt von allen angenommen werden, daß sie wirken, daß sie Ausstrahlung in dieses Land haben.

Ich denke, wir können sehr zufrieden auf die letzten zweieinhalb Jahre zurückblicken. In den nächsten zweieinhalb Jahren habe ich noch eine Menge vor, und das will ich im Jahre 1998 mit den

(Ministerin Bärbel Höhn)

- .) zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln auch anpacken. - Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Kollege Uhlenberg für die Fraktion der CDU.

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vorigen Jahr mußten wir uns von den Koalitionsfraktionen sagen lassen, daß die Opposition im Plenum keine konkreten Anträge stellt. Wir haben diesmal bei den Haushaltsplanberatungen im Fachausschuß sehr wichtige Anträge gestellt: als es um die Erhöhung der Mittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung ging, bei der Frage der Gewässerunterhaltung, bei der Frage der Erzeugerringe - Anträge, die notwendig sind, um den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern. Die Koalitionsfraktionen hatten inhaltlich eigentlich überhaupt nichts aufzubieten, um diese Anträge abzulehnen. Trotzdem sind sie nach dem alten Muster abgelehnt worden, daß Anträge der Opposition, auch wenn sie noch so gerechtfertigt sind, niemals eine Chance haben, im nordrhein-westfälischen Landtag eine Mehrheit zu finden.

Hier wird beklagt, daß die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe in Bonn gekürzt werden. Wir könnten noch lange darüber reden, welche politischen Veränderungen Sie innerhalb dieser Gemeinschaftsaufgabe zu Lasten der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen vornehmen, Frau Ministerin. Man kann sich aber nicht auf der einen Seite darüber beklagen, daß diese Mittel in Bonn gekürzt werden, und andererseits pausenlos durch die Koalition fordern, die zu hohen Mittel der Europäischen Union für den Agrarbereich zu kürzen, wie das gestern die Sprecher der SPD im Zusammenhang mit der Europa-Debatte getan haben.

Der Europa-Abgeordnete der GRÜNEN, Graefe zu Baringdorf, mit dem ich vor 14 Tagen das Vergnügen hatte, eine Podiumsdiskussion zu bestreiten, fordert Weltmarktpreise für Agrarprodukte. Die GRÜNEN hier im Landtag regen sich über diese Theorien auf.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Zu Recht!)

Aber der maßgebliche Sprecher der GRÜNEN im Europäischen Parlament fordert diese Weltmarktpreise. (C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Unglaublich!)

Auf der anderen Seite wird hier gefordert, daß Direktzahlungen für die Landwirtschaft reduziert werden.

Sie haben die Einkommenssituation der Landwirtschaft angesprochen, Frau Ministerin. In der Tat, es hat in den letzten Jahren gute Fortschritte im Bereich Marktfruchtbau und im Bereich Veredlung gegeben. Aber das ist auch das Ergebnis der Agrarreform von 1992, die dazu beigetragen hat, daß wir im Veredlungsbereich wieder wettbewerbsfähiger geworden sind,

(Ministerin Bärbel Höhn: Sie waren doch gegen die Agrarreform 1992!)

daß mehr Getreide veredelt wird, eine Agrarreform, gegen die Sie angerannt sind und die jetzt durch eine falsche Agenda-2000-Politik mit Unterstützung der grünen Europa-Abgeordneten in Brüssel umgesetzt werden soll.

Im Zusammenhang mit den Finanzen darf ich noch einmal daran erinnern, daß Sie Bonn kritisieren, weil nicht genug Geld zur Verfügung gestellt wird. Gleichzeitig sind in Nordrhein-Westfalen 1996 13 Millionen DM GA-Mittel verfallen, weil sie nicht frühzeitig genug eingesetzt worden sind. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist kein Beitrag, den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen zu sichern, sondern dieser Haushaltsplan 1997, durch die Koalition vorgelegt, trägt dazu bei, daß der Agrarstandort Nordrhein-Westfalen im europäischen Wettbewerb zurückfällt. Wir müssen diesen europäischen Wettbewerb aufnehmen. Wir sind in Nordrhein-Westfalen keine Insel der Glückseligkeit, auf der sich eine grüne Umweltministerin mit ihrem Staatssekretär ideologisch austoben kann, sondern wir brauchen hier eine leistungsfähige Landwirtschaft, die nicht zu einer Museumslandwirtschaft verkommt, damit wir uns im europäischen Wettbewerb behaupten können.

(Beifall bei der CDU)

Dabei geht es um Geld, aber dabei geht es auch um die Frage, Frau Ministerin - und das muß hier noch einmal angesprochen werden -, wie Sie mit

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (A) den Inhalten der Agrarpolitik umgehen, wie Sie auch mit dem Parlament umgehen und wie Sie mit Verbänden in Nordrhein-Westfalen umgehen. - Ich freue mich, daß nun auch der SPD-Fraktionsvorsitzende an der Debatte teilnimmt, der ja bis zur letzten Landtagswahl verantwortlicher Umweltminister war und der damals das Papier "Agrar 2000" mit den Verbänden verabredet und auf den Weg gebracht hat.

Ich wundere mich immer, meine Damen und Herren, wie die SPD in all diesen Fragen inzwischen wegtaucht. Es gibt Gespräche mit den Kammern, es gibt Gespräche mit den Verbänden. Den Damen und Herren wird bei diesen Gesprächen durchaus Mut gemacht, aber in der Öffentlichkeit finden von seiten der SPD keine Forderungen mehr statt.

(Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

Die Gespräche mit den Verbänden, die Sie führen, Frau Ministerin, sind weitgehend bedeutungslos. Sonntags setzen Sie sich mit Ihrer AbL zusammen und überlegen, wer denn wohl in Nordrhein-Westfalen der geeignete Kammerdirektor sein kann. So sieht das aus, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Und wann der Europa-Abgeordnete Graefe zu Baringdorf sagt, wir sollten uns daran gewöhnen, daß hier keine Sächentscheidungen mehr ausschlaggebend seien, sondern Frau Ministerin Höhn das Sagen in Nordrhein-Westfalen hätte und damit die GRÜNEN und daß auch eine dementsprechende Personalpolitik sowohl bei der Landwirtschaftskammer - in dem Ministerium sowieso - als auch bei dem Landesamt für Ernährung und bei allen Vorgängen, die es im Laufe des letzten Jahres gegeben hat, betrieben wird, dann wird deutlich, mit welcher Arroganz der Macht Sie versuchen, Personalpolitik und damit auch inhaltliche Politik in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Das muß deutlich ausgesprochen werden.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Uhlenberg, würden Sie eine Frage von Herrn Matthiesen beantworten?

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Wenn mir das zeitlich nicht angerechnet wird, gerne.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das kann ich nicht versprechen, weil Ihre Redezeit eigentlich schon zu Ende ist.

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Gut, dann kann ich Ihre Frage, Herr Matthiesen, leider nicht zulassen.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Dann bitte ich Sie, zum Schluß zu kommen.

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Ich darf an dieser Stelle, weil das zur Zeit ein wichtiges Thema ist, noch einmal an die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN erinnern, bei der es um die Frage Landwirtschaftsverwaltung und Landwirtschaftskammern geht. Es steht in dieser Koalitionsvereinbarung, und es liegt im Landesinteresse, daß die Selbstverwaltungsaufgaben der Landwirtschaftskammern von ihnen eigenständig wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Durch Ihre Art und Weise, Politik zu machen, Frau Ministerin, verstoßen Sie nicht nur gegen Agrar 2000, Sie verstoßen auch gegen die Koalitionsvereinbarung, und es ist schon sehr bedauerlich, wie Sie in den letzten Tagen Ihre Fürsorgepflicht gegen Kammerbeamte wahrgenommen haben, wie Sie sich auf einem Kreisverbandstag in Paderborn ungefragt hingestellt haben und in einer Art und Weise Menschen fertiggemacht haben, wie Sie es dort vorgeführt haben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Uhlenberg, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Nein, meine Damen und Herren, wir sind nicht in der Lage, diesem Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen die Zustimmung zu geben. Klarheit und Wahrheit finden nicht statt. Es gibt keinen verantwortlichen Umgang in Nordrhein-Westfalen mit den Menschen, die dies in Nordrhein-Westfalen umsetzen müssen, die in den Dienststellen tätig sind. Sie alle sollen ideologisch beeinflußt werden. Und es gibt in Nordrhein-Westfalen auch keinen verantwortlichen Umgang mit dem Geld.

(Eckhard Uhlenberg [CDU])

- A) Die CDU-Fraktion lehnt diesen Haushaltplan ab.  
(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]:  
Haben wir schon einmal gehört!)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat Frau Kollegin Schmid für die Fraktion der SPD.

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mich hat schon verwundert, wie sich die CDU heute morgen aufgeplustert hat. Herr Kollege Kruse, das habe ich eigentlich nicht erwartet; denn inhaltlich paßte sich der Rest nicht daran an.

(Beifall bei der SPD - Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU]: Das war die Wahrheit!)

- Die Wahrheit. Ich glaube, wesentliche Teilbereiche des Haushaltes sind von Ihnen überhaupt nicht angesprochen worden. So wichtig Personalentscheidungen sind, sind das, glaube ich, die Facetten, die hier genannt werden dürfen und genannt werden sollen, aber sie gehen sicherlich nicht den Landeshaushalt in diesem Bereich an.

- IB) Bitte schön, Herr Kollege Uhlenberg. - Herr Kollege Uhlenberg möchte, glaube ich, eine Frage stellen.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Uhlenberg, bitte.

**Eckhard Uhlenberg (CDU):** Frau Kollegin Schmid, würden Sie mir recht geben, wenn ich sage, daß wir die einzige Fraktion waren, die während der Haushaltsplanberatungen im Ausschuß Anträge gestellt und sich mit den Zahlen befaßt hat - dort haben wir unsere Arbeit getan -, und daß es uns als Opposition zusteht, im Rahmen der zweiten Lesung neben dem Zahlenwerk auch inhaltliche politische Fragen der Landesagrarpolitik und der Personalpolitik der Ministerin zur Sprache zu bringen?

**Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD):** Lieber Herr Kollege Uhlenberg, da kann ich Ihnen nicht recht geben, denn die Koalitionsfraktionen haben sich intensiv mit dem Haushalt beschäftigt, und die Entwürfe und das, was hier zu verabschieden ist,

sind eben die Ergebnisse der Beratungen. Was die Personalgeschichten angeht: Ich kann Ihnen in vielen Bereichen (C)

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Sie stimmen dem zu!)

- können Sie Gedanken lesen? - zustimmen, aber die Entscheidungen werden sowohl bei den Kammern als auch im Ministerium nach Recht und Gesetz getroffen.

(Zuruf von der CDU)

- Dazu wird Ihnen die Ministerin mehr sagen können als ich.

Für die SPD-Fraktion möchte ich hier eindeutig erklären: Die Selbstverwaltung hat ihre Berechtigung, sie ist gesetzmäßig festgeschrieben. Und das Kammergesetz zum Beispiel, das in den entsprechenden Passagen seit 1949 gilt, wird sicherlich auch entsprechend angewandt.

Ich möchte einige wenige Bereiche ansprechen. - Es ist hier vorhin von intensiver und extensiver Landwirtschaft geredet worden, wie groß die Stellenwerte sind und wer was tut. Ich glaube, die unternehmerischen Entscheidungen treffen die Bäuerinnen und Bauern. Ich sage hier für die SPD-Fraktion: Wir brauchen beides. Ich glaube nicht - und darin werden Sie mir sicherlich zustimmen -, daß die Landwirtschaft, daß die Landwirte sich etwas überstülpen lassen, was sie nicht wollen. (D)

Deshalb warten wir ganz in Ruhe ab, was sich entwickelt. Nur habe ich in einem anderen Bereich Sorge: daß die Verbraucherinnen und Verbraucher, die selbstverständlich geschützt sein und mit hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt werden müssen, oftmals nur Lippenbekenntnisse abgeben. Wenn von regionaler Vermarktung oder wenn von ökologischem Landbau gesprochen wird, dann heißt es immer: ja, das wollen wir - aber wenn dann mal mehr Groschen und Mark auf den Tisch gelegt werden müssen, dann, glaube ich, reagieren die Verbraucherinnen und Verbraucher immer noch gespalten, daß das noch nicht übereinstimmt.

Ich komme zum Schluß, weil ich mich kurz fassen möchte: Sie wissen sicherlich, meine liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, daß Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe, die uns vom Bund verbleiben, komplementiert.

(Irmgard Schmid [Kierspe] [SPD])

- (A) Und die beiden Punkte, die Sie zum Haushalt beantragt haben, sind behandelt worden. Dem konnten wir leider nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollegin Schmid. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich einmal noch Frau Mackenthun das Wort. Bitte schön!

**Silke Mackenthun (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Uhlenberg hat mich eben doch noch einmal gereizt, hier Stellung zu beziehen.

Die Anträge zur Landwirtschaft - Herr Steinkühler hat es am Anfang schon erwähnt - sind im Ausschuß abgelehnt worden. Sie wurden lang und breit behandelt. Ich habe auch im Ausschuß begründet, warum sie auch von unserer Seite nicht gestützt werden können. Das hat nichts Prinzipielles an sich, sondern schlicht und ergreifend damit zu tun, daß sie nichts Innovatives gebracht haben, sondern vielmehr das, was wir in der Landwirtschaft inhaltlich aufbauen, zurückdrehen wollten. Da kann ich nur sagen: Ein klares "Weiter so!" auf einer Schiene, die ins Aus führt, können wir nicht tragen. Die Anträge mußten von uns aus inhaltlichen Gründen abgelehnt werden.

(B)

Lassen Sie mich zum Kammerdirektor etwas sagen. Wenn man sich vor etlicher Zeit darauf verständigt hat, daß das Land die Kammern mitfinanziert und zu einer Stellenbesetzung "ja" oder "nein" sagen kann, dann muß man akzeptieren, daß das auch ein "Nein" sein kann, und nicht aufschreien, wenn es so passiert. Man muß dann eben in Gespräche eintreten und zu einem Kompromiß finden. Diese Gespräche finden statt. Ich bin frohen Mutes, daß es zu einer Lösung kommen wird.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Hier werden Menschen fertiggemacht!)

Nur mit der Faust auf den Tisch zu hauen und zu glauben, man könne ein Recht einklagen, das nicht vorhanden ist, geht nicht.

Graefe zu Baringdorf fordert in der Tat die Marktwirtschaft auch in der Landwirtschaft. Das ist richtig. Da liegen wir keinen Finger breit auseinander. Ihr seid es, die die Marktwirtschaft scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Die Koalition

tut von uns aus alles, um die Landwirte wieder mit dem freien Markt vertraut zu machen. Der Haushalt 1998 ist ein Ausdruck dessen. Insofern bitte ich noch einmal um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Mackenthun. - Das Wort hat Frau Ministerin Höhn.

**Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft:** Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich erwartet, Herr Uhlenberg, daß die Frage zum Kammerdirektor morgen früh gestellt wird. Sie war als Dringliche Anfrage eingereicht. Sie haben eben gesagt, es werde wegetaucht. Da frage ich: Warum haben Sie die Dringliche Anfrage zurückgezogen? Ich hätte Ihnen gern morgen eine Antwort gegeben. Ich habe den Eindruck, daß Sie mitbekommen haben, daß es Gespräche gibt, und Ihre Kollegen von der Kammer Ihnen gesagt haben, Sie sollen die Frage wieder zurückziehen, da es schon auf einem guten Weg ist.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das kann ich Ihnen sagen!)

Werfen Sie anderen nicht vor, hier werde wegetaucht, wenn Sie selber Ihre Dringliche Anfrage offensichtlich zurückziehen, weil Sie kein Informationsinteresse mehr haben.

Im Kammergesetz ist festgelegt, wie sich Landesregierung und Landwirtschaft miteinander in der Kammer arrangieren. Es ist in der Tat - das wissen Sie - ein schwieriges Konstrukt. Die Kammer ist von unten selbstverwaltet, und von oben hat sie hoheitliche Aufgaben. Mittlerweile ist es so, daß durch die Eigenbeiträge der Bauern 30 % der Kammer finanziert werden und vom Land 70 %. Weil das Land 70 % der Kammer finanziert, ist zu Recht damals ins Kammergesetz geschrieben worden, daß die Position des Kammerdirektors der Bestätigung und des Vertrauens der Ministerin bedarf. Denn auch hier haben nicht nur die Bauern ein Wahlrecht, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ein Recht darauf zu wissen, was mit ihren Steuergeldern passiert. In einer Demokratie kann nicht nur eine Seite sagen, wir pachten die Demokratie, und die andere Seite hat damit nichts zu tun. Demokratie bedeutet bei einem solchen Konstrukt, daß beide etwas

(Irmgard Schmid [Kierspe] [SPD])

- A) zu sagen haben - weder der eine noch der andere allein. Beide müssen sich einigen und zusammenkommen; deshalb wird es keinen Kandidaten gegen die Bauern und keinen Kandidaten gegen das Ministerium geben.

Wenn Sie sagen, hier werden Menschen fertiggemacht, antworte ich: In Paderborn ist von mir kein Name genannt worden. Ich habe keinen Namen genannt - ich nicht.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie machen Menschen fertig!)

Dieser Name stand schon lange in der Zeitung - überall. Da frage ich: Wer macht ihn hier fertig?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Sie haben ihn fertiggemacht! Ungefragt!)

Diese Frage können Sie gern zurückgeben an die, die ihn instrumentalisiert haben, um ihre Machtkämpfe an diesem Punkt auszutragen.

Wir werden uns in Ruhe einigen. Die Gespräche sind terminiert. In dem Sinne läuft auch dieser Angriff von Ihnen - wie alles andere - ins Leere. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU]: Sie stellen die Dinge völlig auf den Kopf!)

B)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Ministerin. - Das Wort hat Herr Kollege Pick.

**Clemens Pick (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eben wurde das Hohelied auf die Forstwirtschaft gesungen und der Eindruck erweckt, als sei die Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen durch Ihre Politik, Frau Ministerin, in Ordnung, es könnte dem so zugestimmt und zur Tagesordnung übergegangen werden. Das ist aber nicht der Fall. Denn wenn man die Haushaltsansätze sieht, die von 12 Millionen DM auf 9 Millionen DM in der Förderung gekürzt worden sind, zeigt diese Zahl schon, daß wir uns auf dem Rückzug befinden und das, was in der Forstwirtschaft notwendig ist, nicht erfüllt werden kann.

(Ministerin Bärbel Höhn: Die 8 Millionen haben Sie vergessen, die wir zusätzlich haben! Zu den 9 kommen 8 dabei, dann sind wir bei 17!)

- In Ordnung, aber Sie müssen die Ansätze sehen, was letztlich einfließt, was übrigbleibt, und das Resümee. Dann sieht es so aus, daß auf diese 9 Millionen DM gekürzt worden ist. Außerdem muß man die Mittelverwendung sehen. (C)

Es wird immer davon gesprochen - zum Beispiel auch im Waldschadensbericht -, daß Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sich die Waldschäden rückläufig entwickeln. Und dann muß festgestellt werden - obwohl im Ausschuß des öfteren diskutiert wurde, daß es verstärkt notwendig ist, Kompensationskalkungen durchzuführen -, daß die privaten und die kommunalen Waldbesitzer nicht mehr in der Lage sind, die Komplementärmittel beizubringen. Da muß man die Frage stellen: Was ist wichtiger, der Waldschutz? Oder ist es wichtiger, auf diesen Waldschutz zu verzichten und am Ende keine Ergebnisse mehr zu erzielen? Daß im letzten Jahr nur noch 12 500 Hektar Wald gekalkt worden sind, zeigt bei 890 000 Hektar Gesamtwald, daß hier nur Peanuts geschehen. Das ist kein Waldschutz mehr, so wie Sie ihn unterstützen und fordern.

Wir stellen die erneute Forderung, die wir immer wieder im Ausschuß vorgetragen haben, daß endlich etwas Nachhaltiges geschieht

(Roland Appel [GRÜNE]: Weniger Autobahnen!) (D)

und die privaten Waldbesitzer und die Waldbesitzer der Körperschaften nicht in die Situation gebracht werden,

(Roland Appel [GRÜNE]: Höhere Mineralölsteuer, Herr Kollege!)

daß überhaupt nichts mehr geschieht und damit die Wälder versauern. Denn sonst wird das die Einkommenssituation auf Null zurückführen.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Weniger Straßen und weniger Autos, Herr Kollege!)

Sie haben hier auch verschwiegen - das steht heute nicht auf der Tagesordnung, aber es ist eigentlich aufgrund der Absprachen und auch des Gesetzes notwendig gewesen -, daß in diesem Jahr eine Entgelteordnung erlassen werden soll. Das, was jetzt an Entwurf in den Verbänden diskutiert wird, zeugt zum weiteren davon, daß die privaten und kommunalen Waldbesitzer dort, wo die Betreuungsfunktionen und die Mithilfe in der Waldarbeit notwendig sind, zusätzlich belastet werden. Die Zuschriften, die uns bis heute schon

(Clemens Pick [CDU])

- (A) zugegangen sind, besagen eindeutig, daß sich dadurch die privaten Waldbesitzer aus den Forstbetriebsgemeinschaften zurückziehen werden, womit das, was an ökologischer Forstwirtschaft gedacht ist, in Frage gestellt wird.

(Peter Bensmann [CDU]: Schlimm, ganz schlimm!)

Die Neuorganisation der Landesforstverwaltung betraf natürlich in einem Teil - dort, wo es auch um Personal ging - den Bereich des Betreuungswaldes. Jetzt holen Sie sich das Geld von den privaten und kommunalen Waldbesitzern zurück, das Sie zuvor in der Neuorganisation eingespart haben. Sie haben gesagt, sie würden nicht benachteiligt. Das, was hier vorliegt, zeugt aber von einer Benachteiligung.

Was die Landesforstverwaltung angeht, hatten wir auch Anfragen gestellt. Es ist deutlich geworden, daß wir zum Beispiel in der Landesforstverwaltung über die modernste Hardware in ganz Deutschland verfügen, und zwar seit 1995. Es ist der Landesregierung noch nicht gelungen, die passende Software dazu zu liefern - nach zwei Jahren! - und das Personal zu schulen. Folglich kann das Personal die teure Hardware nur als Schreibmaschine nutzen, nicht mehr. Daran sehen Sie, wieviel Aufmerksamkeit Sie der Forstwirtschaft widmen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier zur Frage der Schwachholzverarbeitung und zur Frage der Ansiedlung der Zellstoffindustrie Einigkeit zwischen den Fraktionen besteht, dann soll das auch ermuntern. Deswegen bin ich froh, daß Herr Kollege Steinkühler und auch Frau Kollegin Martsch sich hierzu eindeutig geäußert haben

(Widerspruch der Silke Mackenthun [GRÜNE])

- Entschuldigung; Frau Mackenthun -, daß die Ansiedlung der Zellstoffindustrie in Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit auch in die Realisierungsphase kommt, damit wir nachhaltig und dauerhaft die Forstwirtschaft in unserem Land stärken können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Pick. - Für die SPD-Fraktion hat sich der Kollege Steinkühler noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur wenige Worte, Herr Kollege Pick: Natürlich kenne auch ich die Briefe der Waldbesitzer, der Verbände und der Betriebsgemeinschaften über die anstehende Entgelteordnung.

(Clemens Pick [CDU]: Sie soll aber zum 1. Januar in Kraft treten!)

- Sie liegt ja noch nicht vor. Es gibt einen Rohentwurf, der natürlich in den Verbänden diskutiert wird. Wie er am Ende aussehen wird, werden wir nach den Ausschüßberatungen sehen. Ich kann mich an eine Aussage des Staatssekretär bzw. des Abteilungsleiters erinnern, der gesagt hat: "Es wird nicht teurer für den privaten Waldbesitzer." Wir werden dann einmal gucken, wie es aussieht.

(Clemens Pick [CDU]: Da nehmen wir Sie beim Wort!)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Steinkühler. - Frau Kollegin Mackenthun noch.

Silke Mackenthun (GRÜNE): Danke schön. - Ich darf noch einmal zwei Stichworte vom Kollegen Pick aufgreifen.

Zum Thema Waldschutz: Kalk ist eine Facette, aber eben nur eine Facette in einem ganzen Blumenstrauß, der zusammengestellt werden muß. Wenn Sie sich die Veröffentlichungen der letzten Tage angeschaut haben, muß man eben doch feststellen, daß Kalk lange nicht das gebracht hat, was man sich von ihm erhofft hat. - Also, es darauf zu reduzieren und sich sonstwas davon zu erhoffen, wäre sehr trügerisch.

Zum anderen Punkt: Zellstoff. Wie auch beim Kalk - der Zellstoff ist eine der Möglichkeiten, wie wir den Absatz unseres Schwachholzes voranbringen können. Wir sind in einer schon lange währenden Prüfungsphase der Landesregierung, ob Zellstoff in Nordrhein-Westfalen machbar und wünschenswert ist, ja oder nein. In der Prüfungsphase werden wir uns auch weiterhin noch befinden. Nur: Daraus abzuleiten, daß das Ding auf jeden Fall kommt, wäre in der Tat ebenfalls sehr trügerisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU)

A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Kollegin Mackenthun. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, meine Damen und Herren. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2675**. Die Fraktion der CDU hat nach § 53 unserer Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** beantragt. Ich bitte daher die Geschäftsführerin, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie fragen, ob alle die Möglichkeit hatten, Ihre Stimme abzugeben. - Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis<sup>1)</sup> der namentlichen Abstimmung bekanntgeben. Für den Antrag haben 80 Kolleginnen und Kollegen votiert, 123 haben dagegen gestimmt. Damit ist der **Antrag Drucksache 12/2675 abgelehnt.**

(Beifall bei den GRÜNEN)

B) Wir kommen zur Abstimmung über den **Einzelplan 10** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2610**. Wer dieser Empfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der CDU **angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2615.

Wir beginnen zunächst mit

**a) Stadtentwicklung**

Ich **eröffne die Beratung** und erteile dem Kollegen Wächter von der CDU-Fraktion das Wort.

**Gerhard Wächter (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bereich Stadterneuerung und Stadtverkehr ist mit 386,6 Millionen DM von der Gesamtsumme von 738 Millionen DM der größte Etatposten im Einzelplan 15. Ich meine, die Vorrangstellung ist richtig und notwendig, denn wir müssen nach wie vor feststellen, daß wir dramatisch zunehmende Zahlen sowohl im Individualverkehr wie auch im Güterverkehr im Stadtbereich haben, die die Probleme, die wir bisher schon haben, weiter verschärfen. (C)

An dieser Stelle ein eindeutiges Votum an all diejenigen, die nach wie vor davon träumen, daß es eine autofreie Innenstadt geben wird. Das ist und muß - Gott sei Dank! - Utopie bleiben. Wir brauchen ganz andere Lösungen, nämlich Lösungen, die zu autoärmeren Innenstädten führen mit dem Ziel, die Lebens-, Arbeits- und Standortqualität durch eine leistungsfähige und zugleich umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Möglich ist dies aber nur mit einem Konzept, das in sich schlüssig ist und das vor allen Dingen aus einer Hand stammt - mit eindeutiger Ressortzuständigkeit.

Die Frage, warum Stadtverkehr und kommunaler Straßenbau nicht dem Verkehrsministerium zugeordnet sind, ist nach wie vor nicht zu verstehen, schon gar nicht im Verbund mit Kultur und Sport. (D)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben das 1995, als dieses Ressort etabliert wurde, deutlich angemahnt, und wir haben es erneut in einem Antrag markiert.

Den einzigen Bezug, den man bei sehr viel Wohlwollen zwischen Verkehr und Sport herstellen könnte, ist das Fahrrad, bei dem man sagen könnte: Hier paßt der Zusammenhang noch einigermaßen. Mit hundert Fahrradstationen sind aber die Probleme im Stadtverkehr sicherlich nicht zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Das Programm, Frau Ministerin, das Sie aufgelegt haben, ist zumindest nach der ersten Auswertung nicht gerade das Gelbe vom Ei - auch ein wenig enttäuschend, was die Akzeptanz anbestrift.

Bei der Akzeptanz komme ich auf ein Programm zu sprechen, das mit insgesamt 50 Millionen sehr hoch dotiert ist, die sogenannte Stadtlogistik be-

<sup>1)</sup> Ergebnis siehe Anlage